

Solftsojle

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 złoty für die achtgevierte Seite, außerhalb 0,14 złoty. Anzeigen unter Tert 0,50 złoty von außerhalb 0,60 złoty. Bei Wiederholungen tarifliche Entmehrung.

♦ Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens ♦

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 10. ex. 1,65 zł. durch die Post bezogen monatlich 4,00 zł. Zu bezahlen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowic, Beatestraße 29, durch die Filiale Königsberg, Konprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteur.

Nedaktion und Geschäftsstelle: Katowic, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postcheckkonto: P. A. O. Filiale Katowic, 300174. — Fernsprech-Ansprüche: Geschäftsstelle Katowic Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Mussolini über die römische Frage

Der Segen des „Faschismus“ kommt erst nach Jahren — Verschleierung der Gegensätze zwischen Vatikan und Mussolini — Das 20. Jahrhundert steht zur Lösung frei

Rom. Das Donnerstag erschienene amtliche faschistische Verordnungsblatt enthält eine von Mussolini selbst redigierte Erklärung zu den beiden Artikeln des „Observatore Romano“ über die römische Frage. In der Erklärung wird zunächst darauf hingewiesen, daß die sogenannte römische Frage nach 57 Jahren in den letzten Tagen wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt sei und die Ausmerksamkeit der öffentlichen Meinung in Italien und der ganzen Welt gezeigt habe. Aus der Polemik zwischen dem Organ des hl. Stuhls und einigen faschistischen Schriftstellern könne man, so heißt es dann weiter, im Augenblick folgende Schlüssefolgerungen ziehen:

1. Die Form der Polemik sei besonnen und des delikaten Themas würdig gewesen und habe der neuen, vom faschistischen Regime geschaffenen Atmosphäre entsprochen.

2. Aus den Artikeln des „Observatore Romano“ könne man ersehen, daß diese Frage über den Vatikan nicht internationalen Charakters sei, sondern eine zweiteilige Angelegenheit, die zwischen dem italienischen Staat und dem hl. Stuhl geregelt werden könne. Dies sei vom Standpunkt der Geschichte und Logik auch richtig, um gefährliche Interventionen und unnötige Komplikationen zu vermeiden.

3. Scheine aus den Artikeln des „Observatore Romano“ der Schluß berechtigt, daß die Frage der tatsächlichen politischen und juristischen Unabhängigkeit des hl. Stuhls nicht notwendigerweise an Bedeutung territorialer Art gebunden sei. Für das faschistische Regime komme eine Wiederherstellung der 1870 aufgehobenen Weiherrschaft der Römischen Kirche auch im Kleinsten Umfang nicht in Frage.

Die der Macht und des Charakters des faschistischen Staates wirklich bewussten Faschisten müßten gegenüber den Kundgebungen dieser Tage zwei jeder Wirklichkeit ferne, entgegengesetzte Stellungnahmen vermeiden: diejenige, die die absolute Unmöglichkeit einer Lösung der römischen Frage betone und ferner die, die diese Frage als leicht und schnell lösbar betrachte. Kein Knoten, von dem die Geschichte wisse, sei nicht mit Gewalt, Geißel oder Weisheit gelöst worden. Ähnlich verhalte es sich auch mit der römischen Frage. Dem faschistischen Regime, das das ganze 20. Jahrhundert vor sich habe, könne es ohne Verzicht auf grundlegende Rechte des Staates gelingen, in dieser Frage etwas zu erreichen, während wiederholte Versuche des Demokratismus mißlungen seien. Wahrscheinlich könne man sagen, daß die Lösung der römischen Frage schwierig, aber nicht unmöglich sei.

Moskau über litauisch-englische Verhandlungen

Kowno. Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetpresse gewissen Verhandlungen, die zwischen dem litauischen General Radus und der englischen Regierung in London stattfanden, größte Aufmerksamkeit schenke. Die Presse gäbe der Meinung Ausdruck, daß England in Litauen eine Militärmission habe, wie sie bis zum Jahre 1922 in Kowno bestanden hat, einzurichten beabsichtige. Unter englischem Druck streben die litauischen Militärkreise eine Annäherung an Polen an. Die litauische Armee solle nach englischem Muster ausgerüstet werden. Ferner sei der englische Generalstab daran interessiert, in Litauen eine Flugzeugbasis gegen die Sowjetunion zu schaffen. Vorwiegend würden die Besprechungen des Generals Radus in England einen diplomatischen Schritt von Seiten Moskaus in Kowno zur Folge haben. In Moskau sei man der Ansicht, daß ein litauisches Entgegenkommen in militärischen Fragen zu den Vorwiegungen gehören, unter denen sich England zur Gewährung einer Anleihe bereitfinden lassen werde. General Radus werde in der nächsten Woche nach Kowno zurückkehren.

Der Streit in Mitteldeutschland

Halle. Die Zentralstreitleitung Halle teilt mit, daß im Allgemeinen neue Momente in der Streitlage nicht in Erscheinung getreten seien. In den Bezirken Ober- und Niedersachsen sei eine Ausdehnung zu verzeichnen. So besonders in Forst und Kleinmachnow. Im Durchschnitt verrichteten im gesamten mitteldeutschen Streitgebiet etwa 8 Prozent der Belegschaften Notstandsarbeiten. Zahlreichen Arbeitsunwilligen und Schwerriegelsbeschädigten sei die Genehmigung zum Weiterarbeiten gegeben worden. Über die Streitlage im Bezirk Frankfurt a. O. teilt die dortige Bezirksstreckleitung mit, daß der Streit nunmehr allgemein sei. Nur 5 Prozent der Belegschaften verrichteten Notstandsarbeiten.

Leipzig. Die Kreishauptmannschaft Leipzig gibt bekannt: Die Lage im Streitgebiet der Kreishauptmannschaft Bornitz, Leipzig und Grimma ist sich fast nichts verändert. Es herrscht überall noch völlige Ruhe, wie auch Ausschreitungen bisher nicht vorgekommen sind. Die Verhandlungen im Reichsministerium Berlin haben eine sichtliche Spannung der Tage gebracht, da allseitig die Hoffnung besteht, daß sie zu einem baldigen und guten Abschluß der Bewegung führe. In Katowic ist am 20. 10. nachmittags der Einsatz der Technischen Nothilfe erfolgt. Die Bemühungen der Behörden, durch Verhandlungen die Übernahme dieser Notstandsarbeiten durch die Streitenden zu erreichen, blieben leider ergebnislos. Die Streitleitung hält in Abschätzung der vorhandenen Kohlemengen im Kraftwerk einen Notstand vor Freitag nachmittag nicht für gegeben und erklärte sich bereit, am Freitag nachmittag für die Stellung von Arbeitern einzutreten. Außerdem beharrte die Werksleitung auf der Notwendigkeit des sofortigen Einsatzes der Teno. Wie aus Merseburg berichtet wird, herrschte im Gebiete des Grizeitals absolute Ruhe.

Litauen provoziert weiter

Kein Grenzverkehr nach Polen.

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Warschau berichten, ist seit Dienstag die polnisch-litauische Grenze von den litauischen Behörden gesperrt worden. Jeder Verkehr nach Litauen hinein, auch der Verkehr auf Grund der Papierrechte für die Bewohner der Grenzgebiete, ist untersagt worden. Da diese ihre Felder zu beiden Seiten der Grenze haben, so ist es diesen Bauern unmöglich, ihre Felder jenseits der Grenze zu bestellen. Nur einige im Wilnaer Gebiet wohnenden Bauern ist der Übersicht über die Grenze gestattet worden.

Zwischen den polnischen Behörden wieder mit den Verhaftungen von Bauern. So wurden in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch bei Haussuchungen im Wilnaer Gebiet einige, den Polen verdächtige Personen verhaftet, unter denen sich auch wieder einige Deutsche befanden. Der Vertreter Litauens in Polen bemüht sich gegenwärtig darum, die Freilassung der Verhafteten zu erwirken.

Freitag Schiedsspruch im Bergbaustreit

Berlin. Die Verhandlungen der Schlichtungskammer zur Beilegung des Braunkohlenstreites wurden gegen 23 Uhr auf Freitag mittag 13 Uhr vertagt, da noch eine Reihe von Differenzenpunkten der Klärung bedürfen. Über die Aussichten läßt sich zur Zeit nicht das geringste sagen.

Cook geht nicht nach Warschau

London. Der Sekretär der englischen Bergarbeitergewerkschaften, Cook, dem von der polnischen Regierung das Visum zur Teilnahme an der internationalen Bergarbeiterkonferenz in Warschau verweigert wurde, erhielt gestern ein Telegramm der polnischen Arbeiterorganisation wonach das polnische Außenministerium gestern die Einreise Cooks genehmigt habe. Die auf Grund dieses Telegrammes erneut unternommene Schritte ergaben jedoch, daß der Generalkonsul in London keine neuen Antrittungen seiner Regierung erhalten hätte. Cook und Richardson haben darauf endgültig beschlossen, nicht nach Warschau zu gehen.

Zur Wiener Reise Stresemanns u. Marx'

Berlin. Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ hat anlässlich des bevorstehenden Besuches von Dr. Marx und Dr. Stresemann in Wien eine Auseinandersetzung einer wohlhabenden Persönlichkeit erhalten. Darin heißt es, der Besuch sei lediglich eine Erwidlung des Besuches, den der österreichische Bundeskanzler Ramel letzterzeit in Berlin gemacht habe und sei keinesfalls als eine Kundgebung für den Anschluß aufzufassen. Die deutsche Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Frage des Anschlusses gegenwärtig noch ruhen müsse, bis sich mancherlei Verhältnisse, u. a. auch die Verhältnisse auf dem Balkan geändert haben würden.

Sisyphusarbeit

Es ist kein Geheimnis, daß die Regierung die öffentliche Kontrolle ihrer „Erfolge“ fürchtet und aus Sorge vor Kritik, lieber die Demokratie und den Parlamentarismus verachtet, im Glauben, daß ihre nichtssagenden Gesten als eine Art „Machbewußtsein“ ausgelegt werden. Es gibt ja genug Lobredner, die dieses System gutheißen, weil sie eben wissen, daß sie vor den Schranken demokratischer Politik mit ihren Ideen genau so abgelehnt werden, wie es die Regierung mit Sejm und Senat vollführt. Und so kommt es durchaus keine Überraschung sein, daß das Kabinett sich just am Vortage des Abschlusses der 30 Tage Ferien entschließt, den Sejm- und Senatsmarschälle mitzuteilen, daß die von den Kammer erzwungene außerordentliche Sejmssession als geschlossen zu betrachten ist. Sie zieht nun auch hier keine Konsequenzen, löst diese Kammer nicht auf, sondern läßt alle wieder im Ungewissen, was nun folgen soll. Nichts ist einfacher, als sich auf die Verfassung zu berufen, die eben zwischen Regierung und den gelehrtenden Instanzen Differenzen hervorruft, weil sie verschieden interpretiert werden, wie es dem einen oder dem anderen gerade in den politischen Kram paßt. Aber rein juridisch genommen, bleibt doch das Recht auf Seiten des Sejms und Senats und man kann immer wieder sagen, die Regierung fürchtet, ihre Erfolge vertheidigen zu müssen.

Wenn all die Vorgänge wiederholt dargelegt würden, so muß man sie immer aufs neue wiederholen. Die Regierung erhebt gegen die gesetzgebenden Kammer den Vorwurf, daß sie nicht mehr dem Willen des Volkes entsprechen. Und nach dem Ausgang der letzten Wahlen zu den verschiedenen Körperschaften kann die Regierung infolge ihrer Niederlagen noch viel weniger behaupten, daß ihr seitens der breiten Volksmassen das Vertrauen ausgesprochen wurde. Und man könnte weiter gehen und ebenso an die Adresse der Regierung die Frage richten, warum sie selbst nach diesem Misstrauen nicht zurücktritt und an das Volk appelliert? Mit demselben Recht, mit welchem man sagt, daß das Vertrauen zum Sejm und Senat geschwunden ist, kann man dies auch von der heutigen Regierung sagen, wenn Wahlen Wertmesser der Volksmeinung sind. Es wäre verfehlt, wollte man aus unseren Ausführungen die Schlüssefolgerung ziehen, daß wir diesem Sejm irgend einen Wert beimesse und ihn verteidigen wollen. Worum es uns geht, das ist, festzustellen, daß man mit Demokratie und Parlamentarismus keine Spielereien treiben soll, wenn man im Kabinett nicht so viel Mut aufbringt, überalte Einrichtungen aufzulösen und neue Körperschaften wählen zu lassen, die dem Willen breiter Volkschichten entsprechen.

Der gegenwärtige Sejm hat bewiesen, daß er nicht lebensfähig ist; denn ihm sind wiederholt Gelegenheiten gegeben worden, zu sterben, aber man wollte sich auch dieses Sterben noch verfassungsgemäß garantieren lassen und hat den Selbstauflösungsantrag eingebracht, von dem man wußte, daß ihn die Regierung nie wird Gesetz werden lassen; denn sie braucht zur Agitation für ihre Art Demokratie den Sejm und Senat als eine Dekoration, wenn sie praktisch auch zur Spielerei ausartet. Hätten die Abgeordneten sich entschlossen, nie wieder zusammen zu kommen, nachdem man es verhindert hat, daß der Selbstauflösungsantrag Wirklichkeit wird und hätten sie vor allem auch auf Abholung der Diäten verzichtet, so wäre die Regierung längst mit Neuwahlen gekommen. Aber je mehr die Regierung den Sejm brüskierte, um so mehr hielt die Abgeordneten fest an den Mandaten. Man könnte aber vergleichsweise sagen, daß die Demokratie der Regierung ebenso viel wert ist, wie die parlamentarische Auffassung der Regierung. Wieder mit dem Unterschied, daß der Sejm arbeiten wollte, wenn auch im Gegensatz zur Anhäufung der Regierung, während ihn die Regierung daran hinderte. Und was noch bedeutsamer ist, der Regierung war es unbekannt, daß man an ihrer Weisheit zweifelte, die in der Kunst von Herausgaben von Dekreten bestand, die jeder Demokrat höhn sprechen. Der Sejm wird wegen dieser Dekrete bei den Volksmassen Anklang finden, weil sie eben lehnen, daß Selbstherlichkeit noch lange keine weise Staatskunst ist.

Wenn seitens der regierungsfreundlichen Presse gegen den Sejm der Vorwurf erhoben wird, daß er arbeitsunfähig ist, so kann man mit Recht die Frage an die Regierung stellen, wo sie denn diesem Parlament Gelegenheit gegeben hat, sich zu erklären, wie es seine politische Tätigkeit entwickeln kann. Und auch hier bleibt wieder Schuld der Regierung, die nach 17monatiger Tätigkeit noch nicht einmal mit einem Programm vor die Volksvertretung gekommen ist, damit man weiß, was sie will. Wenn der Sejm es nicht weiß, so nur deshalb, weil nichts bekannt ist, was die Regierung selbst will und da ist es einfach, die Schuld dem Parlament aufzuwerfen. Aber schließlich hat jede Spielerei einmal ein Ende und so bleibt nur die Hoffnung übrig, daß es die letzte Brüderlichkeit der Volksvertretung ist und daß man Sejm und Senat endlich nach seiner abgelaufenen Kadenzzeit am 28. November schließt. An diesem Tage ist seine Existenz erledigt und innerhalb von 90 Tagen müssen Neuwahlen ausgeschrieben werden. Sollen es wenigstens, wenn auch hier nicht wieder eine Überraschung kommt, auf die man eben immer rechnen muß.

Es erübrigt sich, unter solchen Erscheinungen, lange kritische Untersuchungen darüber anzustellen, was die Regierung mit dem Budget beabsichtigt, welches verfassungsmäßig dem Sejm am 31. Oktober vorgelegt werden soll, weil das Budget fünf Monate vor Ablauf des Budgetjahres der Volksvertretung überreicht werden muß. Man verhofft zwar, daß es bestimmt vom Finanzministerium bis zu begagtem Zeitpunkt fertig gestellt sein wird, aber da man kaum annehmen kann, daß innerhalb von 28 Tagen die Beratungen beendet werden können, so wird man abwarten müssen, wie es der Regierung mit dem Budget beliebt ist. Schließlich kann sie sich ja nach all den von ihr geäußerten Auslegungen der Verfassung das Budget selbst bewilligen, auch kein Schaden, und sie umgeht wenigstens die Kritik, die bei solchen Anlässen an der Tätigkeit der Regierung geübt zu werden pflegt. Und dies wird wohl Hauptwunsch der Regierung sein. Heute schon irgend welche Schlussfolgerungen aus der Schließung der außerordentlichen Sejm- und Senatsession zu ziehen, wäre bereit; denn wir warten noch immer auf neue Überraschungen, die seit Mai 1926 bei uns zu den wenigen stabilen Erscheinungen unseres politischen Lebens gehören.

Aber wer darüber hinaus noch politisch denken will, dem diese Überraschungen nichts mehr als Lehren sind, sollte daran denken, daß früher oder später auch eine Rechnung mit dieser Regierung zu begleichen sein wird. Denn man kann ebenso so bestimmt damit rechnen, daß die Regierung Wahlen nach der alten Wahlordnung ausschreiben wird, weil eine andere Wahlordnung nur ihre Niederlage vergrößern würde. Sollte man aber dennoch nach Rom oder Ungarn oder Bukarest blicken, um sich von dort Muster „parlamentarischer Vertretungen“ zu holen, so ist es auch noch unwahrscheinlich, ob man sich mit diesen Mitteln eine Mehrheit im Sejm sichern wird. Denn jetzt lautet der Wahlspruch der Regierung, wie einst bei den preußischen Junkern: „Und die Volksvertretung absolut, wenn sie uns den Willen tut“ zeitgemäß umgewandelt. Aber es gibt noch ein schöneres weises Staatssprüchlein, das da lautet: „Mit Dekreten kann jeder regieren“, weise Staatskunst ist es nicht!

— II.

Sozialistischer Erfolg in Norwegen

24 neue Mandate erobert.

Kopenhagen. Nach dem vorliegenden Endresultat der norwegischen Wahlen — es fehlten nur noch einige kleine versprengte Bezirke, die das Ergebnis kaum ändern können — ist die Niederlage der Regierungsparteien noch katastrophaler und der Sieg der Arbeiterpartei noch bedeutender, als zuerst angenommen wurde. Das Schwierigste ist, daß die Regierungsparteien ihre Stimmen gerade an die Arbeiterpartei verloren haben. So verliert die vereinigte Rechte, also Konservative und Nationalliberale, im ganzen 22 Sitze, während die Arbeiterpartei, d. h. vereinigte Kommunisten und Sozialdemokraten, 24 Sitze gewinnen. In den Mittelparteien ist die Verschiebung nur gering. Fünf gewonnenen Sitze der Bauernpartei stehen vier verlorene der Radikalen gegenüber. Daß die aus der Vereinigung der Arbeiterparteien ausgehende extreme Moskaugruppe von ihren sechs Sitzen mindestens drei verliert, stärkt natürlich nur die Stellung der Arbeiterpartei, die jetzt die Sabotage von links weniger zu fürchten hat. Das Parteiverhältnis im neuen Storting wird folgendes sein: Konservative und sogenannte Freisinnige (Nationalliberale) 32, Bauernpartei 27, Radikale 32, Arbeiterpartei 56, Moskauer Partei 3. — Die Regierungsbildung wird voraussichtlich erhebliche Schwierigkeiten machen, da die Arbeiterpartei grundsätzlich die Regierungsbildung ablehnt, so lange sie nicht die absolute Mehrheit hat, so daß wahrscheinlich die Radikalen oder auch die Bauernpartei das Ministerium stellen werden. Die meisten Aussichten scheint ein radikales Ministerium Mowinkel zu haben. Zum ersten Male hat übrigens auch in Oslo selbst, das bisher die Hochburg der Rechtsparteien war, die Arbeiterpartei die Mehrheit errungen, indem sie von sieben Mandaten vier erobert hat.

Belgien will keine fremden Kommunisten

Brüssel. 15 aus Frankreich ausgewiesene italienische Kommunisten die bei Lille die belgische Grenze überschritten, sind von belgischen Gendarmen wieder nach Frankreich zurückgebracht worden.

Die Mission des Dr. Fu-Manchu

Roman von Sax Rohmer.

4)

Etwas berührte zart meine Schulter. Ich fuhr herum. Mein Herz klopfte angstvoll, wie das eines furchtlosen Kindes. Die Ereignisse der Nacht hatten meinen Nerven hart zugesetzt.

Vor mir stand ein junges Mädchen im Abendmantel. Als sie zu mir aufblickte, wußte ich, daß ich noch nie ein solch verführerisches, reizendes und fesselndes Antlitz gesehen. In dem Teint einer Blondine befand sie die dunklen Augen und Wimpern einer Kreolin, die mir, ebenso wie die vollen roten Lippen, verriet, daß die schöne Fremde kein Sprößling unserer nördlichen Küste sein konnte.

„Verzeihen Sie, wenn ich Sie erschreckte!“ begann sie mit eigenartig angenehmer Stimme, während ihre schlanken, juwelen geschmückte Hand sich vertraulich auf meinen Arm schmiegte. „Aber — ist es wahr, daß Sir Crichton Daven ermordet wurde?“

Ein Gefühl des Misstrauens stieg in mir hoch. Ich blickte in die großen, fragenden Augen, konnte aber in ihnen geheimnisvollen Tiefen nichts lesen — nur erkannte ich wieder über dem Zauber der rätselhaften Freuden. Ein groteskes Phantasiestück drängte sich mir auf: Das Rot dieser Purpurlippen, wohl durch künstliche Hilfe erzeugt und nicht Natur, mochte im Kuß genau solchen Fleck hinterlassen, wie ich ihn auf der Hand des Toten entdeckte. Aber ich schob diesen Gedanken, der eher zu einer mittelalterlichen Legende gehörte, als bald beiseite. Ohne Zweifel war sie eine Freundin oder Bekannte Sir Crichtons, die in seiner Nähe wohnte.

„Ich weiß nicht, ob er ermordet wurde,“ erwiderte ich behutsam. „Aber er ist . . .“

„Tot?“

Ich nickte. Sie senkte die Lider — schwankte — stieß einen leisen Schrei aus. Da ich glaubte, sie werde fallen, schloß ich sie stützend in meine Arme.

Sie lächelte niedergeschlagen und stieß mich zart von sich. „Es geht schon vorüber. Vielen Dank!“

„Sind Sie dessen sicher? Vielleicht ist's besser, ich begleite Sie ein Stück, bis Sie sich völlig erholt haben.“

Der Petljura-Prozeß

Paris. Bei der Vernehmung im Petljuraprozeß führte als Zeuge der Offizier der ukrainischen Armee, Tresterenko, der seinerzeit stellvertretender Vorsitzender eines Kreisgerichtes war, u. a. aus, daß das Kriegsgericht die der kommunistischen Propaganda beschuldigten Juden freigesprochen habe. Ein Armeebefehl Petljuras, so erklärt der Zeuge weiter, hätte ausdrücklich bestimmt, daß jeder, der bei einem Massaker erappiwerde, sofort hingerichtet würde. Dem Neigon der Zeugen besloß der frühere ukrainische General Chavival. Er stellte zwar die Pogrome nicht im Urtheil, erklärte aber, daß sie nicht von Petljura sondern von Budjov organisiert worden seien, der dies selbst in einem in Moskau erschienenen Buche zugibt.

Der dritte Tag des Prozesses Schwarzbard bringt wiederum eine große Anzahl Zeugen vor die Schranken des Gerichts. Das Bild hat sich insofern ein wenig geändert, als noch im Vordergrund die Frage stand, ob Petljura der Urheber der jüdischen Pogrome in der Ukraine gewesen sei oder nicht. Jetzt erhören sich die Leidenschaften an dem Problem, ob in dem Angeklagten Schwarzbard ein Agent der Dritten Internationale zu erblicken sei. Die Zeugen, die auftreten, suchen in langatmigen Erklärungen, die teils mündlich, teils schriftlich abgegeben werden, den Beweis dafür zu erbringen, daß Schwarzbard einer großzügigen Spionageorganisation der Sowjetregierung angehört hätte, die in allen ausländischen Staaten, und vor allem in Frankreich, den politischen Terrorismus gepredigt hätte. Schwarzbard wäre nur ein Instrument der Moskauer Gewaltthaber gewesen und der Mord an Petljura kein zufälliges und allein dastehendes Ereignis, sondern von longer Hand vorbereitet. Schwarzbard bezeichnet die Urheber dieser gegen ihn und die Sowjetregierung erhobenen Anklage als Judasmaturen und Provokatoren. Auch bei den Juden gebe es zwei Klassen von Menschen, die Christen

und die Judasse. Unter allem diesen Widersprüchen wird es den Richtern nicht leicht, die Wahrheit zu finden, denn noch ein neues politisches Moment mischt sich in die Verhandlung ein: Der Haß der Ukrainer gegen die Russen. Ein ukrainischer Kavalleriegeneral Schapowal, der gestern bereits verhört wurde, verleiht dem sehr deutlich Ausdruck, indem er die Behauptung aufstellt, daß alles auf den ungünstigen Einfluß zurückzuführen sei, den die Russen auf das Volk der Ukraine ausgeübt hätten. Er geht sogar soweit, zu behaupten, daß Petljura ein Freund der Juden gewesen sei mit deren Hilfe er die Unabhängigkeit der Ukraine aufrecht erhalten wollte. Auf eine Anfrage des Präsidenten erzählte der General, daß ein Bolschewist, namens Wolodin, ihn mehrfach und noch kurz vor der Ermordung Petljuras nach der Adresse des Letzteren gefragt hätte. Wenige Stunden nach der Ermordung Petljuras sei der General mit Wolodin in einer Bäckerei nahe des Taurises zusammengetroffen und habe ihm erzählt, daß ein russischer General ermordet worden sei. Wolodin habe ihm geantwortet, daß er sicher Petljura. Diese letztere Aussage erregte ungewöhnliche Aufregung in Saal. Zwischen den Rechtsanwälten der beiden Parteien entspießt sich ein Kampf um die Persönlichkeiten des Generals und Wolodins, die sich noch vor kurzem gemeinsam hatten photographieren lassen, bevor der General Wolodin als Helfershelfer der Mordtat angab. Der General suchte sich zu verteidigen und erklärte, daß er sich mit Wolodin nur deshalb habe photographieren lassen, um hinter die Wahrheit zu kommen, ob Wolodin an der Ermordung Petljuras beteiligt war. Die weiteren Zeugen, ein Universitätsprofessor und ein Ukrainer, wissen nichts wesentlich Neues zu beruhnen. Der Professor suchte die Tat Schwarzbards zu verteidigen und aus der Kriegspsychose zu erklären.

Präsident Dr. Sahm Über die Freie Stadt Danzig

Hamburg. Vor einer großen Zuhörerschaft, darunter die beiden regierenden Bürgermeister Hamburgs, Dr. Beiseren und Dr. Schramm, Reichskanzler a. D. Luther und anderer prominenten Persönlichkeiten, sprach gestern abend im Übersee-Klub der Präsident Danzigs, Dr. Sahm. Vielsag herrsche noch Unklarheit, so führte der Redner aus, daß durch den Vertrag von Versailles Danzigs staatsrechtliche Stellung als gekünsteltes Machtgebilde geschaffen sei. Durch 700 Jahre Danziger Geschichte trete der Kampf um die Erhaltung und Reinhal tung des deutschen Charakters hervor. 95 Prozent der Danziger Bevölkerung sei deutsch. 1919 sei Danzig gegen seinen Willen vom Deutschen Reich getrennt worden und nunmehr ein unabhängiger, souveräner Staat, der nicht unter dem Protektorat Polens stehe. Weiter äußerte sich Präsident Sahm über Danzigs Stellung zum Völkerbund und die vertraglichen Beziehungen zu Polen und betonte, daß Danzig ein besonderes Interesse an der baldigen Beendigung des Handelskonflikts zwischen Polen und Deutschland habe. Die Aussführungen des Präsidenten fanden überaus starken Beifall.

Vittor Berger Führer der amerikanischen Sozialisten

Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten wählte den Kongressabgeordneten Victor Berger zum Vorsitzenden des Nationalen Vollzugsausschusses. Damit wird der Posten wieder besetzt, der durch den Tod von Eugene Debs freigeworden war.

Berger gehört dem Kongress als Sozialist seit langen Jahren an. Während des Krieges war er sowohl seiner deutschen Abstammung als seiner Parteizugehörigkeit wegen den gehässigsten Nachstellungen ausgesetzt und wurde wegen Aufreizung zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Erst als Berger von seinem deutschen Wähler zum dritten mal als Abgeordneter wieder aufgestellt wurde, erließ ihm die Regierung die Strafe und erlaubte ihm, seinen Platz im Kongress einzunehmen.

Der neue Führer der amerikanischen Marxisten betätigt sich publizistisch. Er ist u. a. Chefredakteur der sozialistischen Tageszeitung „Milwaukee Leader“.

Neuer Banditenüberfall in Mexiko

London. Wie aus Laredo berichtet wird, ist südlich von San Louis Potosi ein Eisenbahngürtel von mexikanischen Banditen überfallen und ausgeraubt worden. Die Banditen brachten zwei Bomben zur Explosions, wodurch der Zug zum Halt gebracht wurde. Von den Passagieren wurden acht getötet und zahlreiche andere verletzt. Den Räubern fielen etwa 50 000 Dollar in die Hände. In dem Zug befanden sich auch mehrere Verdandte des mexikanischen Präsidenten, die jedoch nicht bestätigt wurden. Den Banditen gelang es, unbekannt zu entkommen.

Nach einer weiteren Meldung aus Mexiko wurde im Grubenbezirk von Rayart ein von einer Militärspore begleiteter Geldtransport überfallen. Die Verbrecher töteten vier Soldaten und raubten einen Postkasten mit etwa 2000 Dollar. Auch hier konnten die Banditen flüchten.

Das Attentat in Prag

Eine wichtige Aussage Bebis?

Prag. Nach Meldungen aus Prag soll der Mörder des albanischen Gesandten, Bebi, bei seinem letzten Verhör ausgesagt haben, daß ihn ein italienischer Professor aus Bologna zu der Tat überredet habe. Der Professor habe den Gesandten als einen Verräter Albaniens an Südlawien hingestellt und ihm eine gute Anstellung und große Beiträge im Falle der Durchführung des Anschlages versprochen.

Schließung deutscher Gaststätten in Südtirol

Berlin. Nach einer Meldung der Morgenblätter ist in Südtirol dem fürzlichen Verwaltungserlaß nunmehr die Schließung deutscher Gaststätten in Bozen, Triest und Brixen gefolgt. Auch in anderen Orten Südtirols sind eine Anzahl von Gasthäusern und Weinstuben polizeilich gesperrt worden. Begründet wird diese Maßregel damit, daß in diesen Gaststätten deutsche Lieder gesungen worden seien. Ferner wird ihnen die Unterlassung der Anbringung von Bildern des Königs von Italien zum Vorwurf gemacht und ähnliche Beschuldigungen.

dern; aber jetzt verlange ich, ehe ich einen Schritt weitergehe, daß ich erfahre, was es mit dem allen auf sich hat.“

„Noch ein paar Schritte — alter Freund — bis zu jenem Wagen! Wir sind hier unseres Lebens nicht sicher. Oh — wegen Revolverkrachen oder dergleichen braucht du dir keine Sorgen zu machen! Der Mann, dessen Gehilfen uns jetzt umspüren, hält es für unter seiner Würde, derart verräterische Waffen zu benutzen.“

Nur drei Taxameterdrohschläge hielten an der Ecke, und als wir die erste bestiegen, zischte etwas haarscharf an meinem Ohr vorbei, versehlt wunderbarweise Smith und fiel über das Auto hinweg, wahrscheinlich in den Hofgarten.

„Was war das?“ stieß ich hervor.

„Einfiegen — schnell!“ rante Smith. „Das war Attentat Nr. 1. Mehr kann ich im Moment nicht sagen. Der Chauffeur hat nichts bemerkt. Zieh das Fenster an deiner Seite in die Höhe, Petrie, und schaue durch die Hinterscheibe! Gott sei Dank! Wir fahren schon!“

Ich warf einen Blick hinter mich. „Es ist jemand in den nächsten Wagen gestiegen! Wir werden verfolgt!“

Nayland Smith lehnte sich zurück und lachte bitter auf, Petrie, wenn ich heil aus dieser Affäre hervorgehe, dann glaube ich, daß ich durch Wunderkraft gefeit bin.“

Er holte einen Tabaksbeutel hervor und stopfte sich seine Pfeife. „Du hast eine Erläuterung verlangt,“ nahm er wieder das Wort. „Ich werde sie dir geben — so gut ich's vermöge. Du begreifst natürlich nicht, weshalb ein Beamter des Britischen Reichs zuerst nach Burma gesandt wird und dann plötzlich wieder als Detektiv in London auftritt. Ich bin hier, Petrie, im Besitz von Vollmachten der höchsten Stellen — weil ich ganz zufällig eine Spur entdeckte. Als ich dieser Jährlinge folgte, erhielt ich den Beweis von der Existenz und der bösartigen Tätigkeit eines gewissen Jemand. Im gegenwärtigen Stadium halte ich mich nicht für berechtigt, ihm den Beauftragten einer offiziellen Macht zu nennen. Aber ich kann wohl sagen, daß man in Kürze dem Londoner Gesandten des betreffenden Landes energische Proteste unterbreiten wird.“

Er hielt inne und spähte nach dem Wagen, der uns handflächig auf den Fersen blieb.

(Fortsetzung folgt.)

„Was! Kennst du denn das junge Weib?“

„Sie ist eine der gefährlichsten Waffen im Arsenal des Feindes, Petrie. Aber eine Frau ist ein zweischneidiges Schwert und unzuverlässig. Zu unserem Glück ist sie von der plötzlichen, charakteristischen Zuneigung der Orientalin zu dir ergriffen worden, Petrie, du zufällig die Achseln — aber es ist so. Sie war beauftragt, mir den Brief in die Hände zu spielen. Gib ihn her!“

Ich tat es.

„Es ist ihr gelungen. Rieche!“

Als er mir den Umschlag hinhieß, erkannte ich mit einem Gefühl der Übelkeit jenen eigenartigen Duft von Sir Crichtons Schreibstift wieder.

„Du weißt, welche Folgen dies im Falle Sir Crichtons hatte. Kannst du noch länger zweifeln? Das junge Weib wollte nicht, daß du mein Schicksal teiltest, Petrie!“

„Smith,“ entgegnete ich unsicher. „Ich bin dir in diese furchtbare Geschichte blindlings gefolgt, ohne eine Erklärung zu for-

Polnisch-Schlesien

Die Karpfen der Hohenlohegrube

So im November des vorigen Jahres herum beschloß der Betriebsrat der Hohenlohegrube, seine Belegschaft mit den traditionellen Weihnachtskarpfen zu versorgen. Es wurden daher die Betriebsräte Siekiera und Kowollik beauftragt, sich nach den Weihnachtsfischen umzusehen. Sie taten es auch und schlossen mit dem Landwirt Bortelt aus Paprokan einen Lieferungsvertrag, nach welchem er der Belegschaft der Hohenlohegrube 9 Zentner Fisch zum Preise von 2-2,10 Zloty pro Pfund zu liefern habe. Um die Weihnachtszeit herum machten sich Siekiera und Kowollik auf den Weg nach Paprokan, um sich in den Besitz der Fische zu setzen. Die erhaltenen sie, bezahlten 1800 Zloty in bar und den Rest in einem Quantum Kohle, wie es der Lieferant Bortelt wünschte und befahlen eine Quittung auf 1890 Zloty lautend ausgehändigt, was der Vereinbarung entsprach. Dazu aber noch jeder der Beiden einen Karpfen, etwa 5 Pfund schwer, als Zugabe, was bei solchen Geschäften nichts außergewöhnliches ist. Soweit klappte alles vorzüglich. Als jedoch die Verteilung der Weihnachtskarpfen beendet war, da wurde es ein bisschen ungemütlich. 9 Zentner Fisch sollten es sein, aber nur 840 Pfund waren es nach Ansicht der anderen Betriebsratsmitglieder. Also haben die beiden Einkäufer Schmied gemacht, glaubt man und der Betriebsratsmann, Scholtysser, lief zur Polizei, ohne erst gründlich zu prüfen, was eigentlich los sei. Nach ihm hatten sich Siekiera und Kowollik der Quittungsfälschung, also Betrugs und der Unterschlagung schuldig gemacht; deshalb, weil die Quittung des Lieferanten Bortelt auf 1890 Zloty lautete, während in Wirklichkeit nur 1800 Zloty bezahlt worden sind und dann, weil 60 Pfund Karpfen fehlten.

Der Staatsanwalt nahm sich dieser Karpfengeschichte selbstverständlich an und Siekiera und Kowollik mußten gestern die Anklagebank des Katowicer Schöffengerichts betreten. Was den Bezug, die Quittungsfälschung anbetrifft, war bald erledigt, lag doch die Quittung auf 1890 Zl., also wie der Preis vereinbart war, im Original vor, deren Echtheit obendrein noch der Aussteller beichwore. Von einem Betrugsmannöver war also hier keine Rede mehr. Interessanter gestaltete sich aber der zweite Punkt der Anklage, die Unterschlagung der Differenz zwischen 9 Zentnern und 840 Pfund. Die Angeklagten sollten angeblich unterwegs bei dem Fischtransport elische Fische verlaufen oder sich angeeignet haben. Beide bestreiten das, gaben aber zu, unterwegs das an sich genommen zu haben, was ihnen vom Lieferanten geschenkt wurde, also Fisch im Gewicht von etwa 5 Pfund pro Kopf. Das bestätigte auch der Zeuge Pieckla, der bei dem Fischtransport als Fuhrmann fungierte. Irgendwo mußten die fehlenden 60 Pfund schließlich doch geblieben sein und bald erfuhr man auch wo. Ein Abwegen des Fischtransports am dem fraglichen Tage erfolgte nicht, es wurde gleich in Anwesenheit aller Betriebsräte mit dem Verkauf begonnen. Eine Liste, die auch dem Gericht vorlag, wurde wohl geführt, auf der die ausgegebenen Quantitäten notiert waren. Nach dieser Liste waren nur 840 Pfund Fisch vorhanden. Ein eingehendes Verhör ergab nun, daß man es beim Bewiegen der Fische nicht so genau nahm und auch nicht besonders genau notierte. Also schon hier war die Möglichkeit da, daß eine Differenz entstehen könnte und nicht wenig überraschte es, als der Zeuge Belastungszeuge Scholtysser, noch angab, daß 20 Pfund Fisch nach dem Verkauf an den Käufer Pieckla abgegeben wurden und außerdem ein gewisses Quantum an einige Arbeiter. Mit den 20 Pfund waren es also schon 860 und rechnet man das dazu, was nicht genau angegeben werden konnte, so kommt man allmählich an die 9 Zentner. Damit fiel auch dieser Anklagepunkt zusammen, aber noch machen die Belastungszeugen geltend, die Angeklagten hätten überhaupt keine Abrechnung vorgelegt. Und wieder ergab das Verhör, daß eine solche vom Gesamtbetriebsrat überhaupt nicht verlangt wurde, kommt noch dazu, daß der Hauptbefestete, der An-

Theater und Musik

Deutsches Theater Königshütte „Alt-Heidelberg“ Schauspiel von Wilh. Meyer-Förster.

Der Theaterbesuch in Königshütte läßt nichts zu wünschen übrig, jedesmal gibts ein ausverkauftes Haus. Darin hat die Intendantin Illing mehr Glück als die vorherige. Und gestern war der große Theatersaal im „Graf Reden“ bombenwoll, obwohl auf dem Programm ein alter Schmarren von Wilh. Meyer-Förster, das Schauspiel „Alt-Heidelberg“ stand. Meyer-Försters Erzeugnisse zeichnen sich durchweg durch eine philisterische Rührseligkeit aus und im „Alt-Heidelberg“ steht er dieser die Krone auf, brilliert förmlich in schmalziger Sentimentalität und fader Romantik, für die wir heute kein Verständnis finden können und die höchsten romantisch angehauchten Bacchischen und Pennälnern, welche wären das nicht, und dann auch noch unserer in den älteren Semestern stehenden Weiblichkeit einige gefühlssduelige Tränen entlocken kann. Ja, und in Königshütte gibt es solcher Wesen eigentlich nicht wenige, denn geheult wurde nicht zu knapp in den 3½ Stunden, solange dauerte die Aufführung, in denen Meyer-Förster vernünftige Menschen zur Verzweiflung bringen kann.

Ging diese Gefahr an mir noch vorüber, so ist das nur Herrn Otto Lange, der den Kammerdiener Luk kreiste, zu verdanken, der seine Rolle prächtig beherrschte und dafür sorgte, daß aus dem Schauspiel kein Trauerspiel wurde. Joachim Ernst in der Rolle des Karl Heinz, Erbprinzen von Sachsen-Karlsburg, war ausdruckslos, konnte sich schwer erwärmen. Eigentlich kein Wunder! Allerdings war dagegen Ilse Hirsh als Käthie, sprudelnd voll Lebendigkeit, während Adolf Rehbach als Exzellenz von Haugh eine glänzende Figur darstellte. Gegen alle Genannten fiel Fritz Leden als Dr. Jüttner stark ab, sie lag ihm nicht. Die Nebenrollen, hervorheben wollen wir noch die des Kellermann von August Runge, waren nicht schlecht besetzt. Aber was nützte das, wenn in dem Gesamtspiel kein Leben

Geht es den Arbeitern besser?

In den polnischen Gewerkschaftskreisen wird eine Broschüre verteilt, die den Titel trägt: „Die Lage der Arbeiter nach dem Maiunfall.“ Die Broschüre ist in der Verlagsanstalt „Handel und Przemysl“ erschienen, hinter der, wie aus dem Inhalt derselben klar hervorgeht, der Lemiatian und die Sanacija moralna stehen. Der Inhalt der Broschüre läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß nach dem Maiunfall die Lage der Arbeiter eins wesentliche Besserung erfahren hat. Selbst Ziffern werden angeführt, die aber so angegeben wurden, daß ihre Nachprüfung schwer möglich ist. Diese Broschüre ist ein Bluff der Sanacija moralna, die dem hungrigen Arbeiter einreden will, daß er jetzt ist. Ob es den Arbeitern besser geht, ersicht man klar und deutlich aus nachfolgender Aufstellung:

Einhundert Kilogramm nachstehender Lebensmittel kosteten in Polen in den Jahren wie folgt:

	1914	1925	1927
Weizen	18.97	40.71	50.80
Roggen	18.78	32.21	40.30
Weizenmehl	29.52	56.90	75.00
Zucker	73.00	100.00	129.00
Kinderfleisch (1 Kilogramm)	1.03	1.60	3.00
Küste Eier (140 Stück)	77.00	135.00	260.00

Das ist eine schöne Differenz zwischen einst und jetzt. Sie beträgt bis zu 300 Prozent bei den Lebensmitteln und bis zu 500 Prozent bei den wichtigsten Bedarfsgütern. Und wie steht es mit den Verdiensten? Sind die auch etwa um 300 Prozent gestiegen? Keine Spur von so etwas. Verdiente doch der Arbeiter vor dem Kriege bis zu 6 Reichsmark pro Schicht, während er heute mehr als 10 Zloty nicht verdient. Dabei ist Polen das teuerste Land. Obwohl Polen ein Agrarland ist, sind die Brotdurchschnitte bei uns höher als in dem angeblich teuren Amerika. 100 Kilogramm Weizen kosten in Amerika 5,28, in Polen 5,69 Dollar, 100 Kilogramm Roggen kosten in Amerika 4,42, in Polen 4,56 Dollar. Bei 100 Kilogramm ist das eine Differenz von 3,30 Zloty. Wir haben wohl eine Ursache über unsere Verhältnisse zu schweigen und nicht zu prahlen. Die Lage der Arbeiter ist bei uns die denkbare schlechteste, wie sie seit Jahrzehnten nicht mehr gewesen war. Seit dem Maiunfall hat sie noch eine Verschlechterung erfahren, weil die Lohn erhöhung im besten Falle 16 Prozent ausmachte, während die Teverung mehr als 20 Prozent beträgt. Wer da noch über eine Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse bei uns spricht, der belügt die Arbeiter und muß dementsprechend behandelt werden.

geklagte Siekiera, der inzwischen entlassen wurde, weil er zu aggressiv die Interessen der Arbeiterschaft wahrt, was die Belastungszeugen zugeben mußten, die Anklage nicht betreten durfte. Das war alles, was von der Anklage übrig blieb und daran klammerte sich der Staatsanwalt, der Vertrag fallen ließ, daß die Unterschlagung als erwiesen ansah, obwohl auch dazu nicht der geringste Grund vorhanden war und 30 Zloty Geldstrafe beantragte.

Dieser Ansicht war jedenfalls das Gericht nicht und sprach die Angeklagten frei. Damit konnte diese gewiß nicht schöne Falschheit als erledigt angesehen werden, wenn nur nicht die Urteilsbegründung wäre. Und sie gerade bildet ein ganz besonderes Kapitel für sich. Da sagt der Richter, es sei beschämend, wenn zwei bisher unbefolgte Menschen von den eigenen Arbeitskollegen, deren Vertrauen sie sonst genossen, auf die Anklagebank gebracht werden wegen nichtiger Verdachtmomente, zu denen sie selbst die Hand habe boten. Denn, meinte er, aus der Verhandlung geht hervor, daß der Gesamtbetriebsrat selbst bei der Fischgeschichte sehr nachlässig gehandelt, also gar keine Ursache habe, jemanden zu verdächtigen. Im übrigen ist bekannt, wie es bei solchen Geschäften ausgeht.

Dieser Richter weiß über betriebsrätliche Rücksichten und Aufgaben gut Bescheid, besser noch als so mancher Betriebsrat und seine Begründung mag den anwesenden Zuhörern, alles Interessierte von der Hohenlohegrube, nicht wenigen in den Ohren gelungen haben. So eine Standpauke haben die Betriebsräte selten zu hören bekommen. Die leidige Geschichte ist vorbei, aber trotz Kreisrechnung wirkt sie ein übles Bild auf die Tätigkeit manches Betriebsrates. Hier handelt man mit Fischen dort mit Schuhen und Anzügen. Das ist der Unterschied, aber auch nichts mehr. Haben Betriebsräte wirklich nichts anderes zu tun? Bedeutet eine solche Tätigkeit die Erfüllung einer Pflichtaufgabe. Nein, und deshalb sollen Betriebsräte die Finger von derartigen Geschäften, die nichts zu Auseinandersetzung führen, lassen. Sie haben wichtige Aufgaben durchzuführen.

Eröffnung des Autoexpressverkehrs Katowic—Beuthen

Der bereits angekündigte, von der Kleinbahn in Betrieb gesetzte Autoexpressverkehr wird am kommenden Sonnabend früh 7 Uhr eröffnet. Wie bekannt, werden hierzu die bekannten N.A.G.-Wagen benutzt. Die Fahrtzeit beginnt am Ring in Katowic, geht über Hohenlohehütte, Chorzow, Königshütte, Lamberg und endigt am Beuthener Bahnhof. Die Wagen verkehren stündlich von 7 Uhr bis 22 Uhr.

war. Die Studenten gaben sich wie die Trauerweiden, nicht ein Fünfchen von studentischem Schmiz, im letzten Aufzug schienen sie sogar einzuschlafen. Gut aber, daß das nicht geschah. Karl Heinz wäre wahrscheinlich ebenfalls sanft eingerichtet. Gott, was hätte das für ein Malheur unter der schluchzenden Weiblichkeit gegeben. — In Szene gesetzt wurde das Schauspiel von Fritz Leden.

Das Haus, das wie oben erwähnt, bombenwoll war, spendete reichlichen Beifall und wird sicherlich hoch befriedigt gewesen sein und froh, den fürchterlich überheizten Musterempel, bestimmt hat mancher ein Dampfbad erstanden, verlassen zu können.

Finnland-Abend der Katowicer Volkshochschule

Die Volkshochschule veranstaltete gestern abend im Zeichensaal des Lyzeums einen Finnlandabend, zu dem sich die hiesige Ortsgruppe der Wandervögel zur Verfügung gestellt hatte. Studenten und Wandervögel waren im August dieses Jahres auf wochenlanger Fahrt durch Finnland gezogen und wollten am gestrigen Abend ihre Eindrücke möglichst frisch den Zuhörern übermitteln. Eingeleitet wurde der Abend durch Herrn Studienrat Birkner mit einer kleinen Ansprache. Es folgte ein von Wandervögeln gesungenes dreistimmiges Lied „Wer will mit uns nach Island ziehen“. Ein an Hand von Lichtbildern gehalterner Vortrag eines Fahrtleitnehmers über „Finnland und sein Volk“ schilderte in schlichten, doch stellenden recht witzigen Worten die Erlebnisse während der Fahrt, die Lebensweise der Finnen und die Schönheiten des Landes.

Der zweite Teil des Abends machte die Gäste mit finnischen Volksliedern und Auszügen aus der finnischen Musik bekannt. Sehr gut gefielen zwei, von Hr. Aahlert, Bischofsmühle gefüngene Liebeslieder mit finnischem und deutschem Text. Ebenso die von Wandervögeln im Chor und einzeln vorgetragenen Volkslieder mit Lautenbegleitung. Den größten Beifall ernteten drei Klavierstücke finnischer Meister, die zwei- und vierhändig sehr flüssig und sicher gespielt wurden. Ein Studentenlied, im Chor gesungen, beendete den Abend, der als gelungen zu bezeichnen ist, wie der Beifall der zahlreich erschienenen Gäste beweist.

Die Entlassungen der Schwerbeschädigten auf der Gräfin-Laura-Grube

Ende August wurden von der Belegschaft der Gräfin-Laura-Grube über 400 Arbeiter und Angestellte, darunter eine Anzahl von Schwerbeschädigten, entlassen. Die Angestellten sowie die Schwerbeschädigten strengten gegen die Entlassung eine Klage beim Schlichtungsausschuß an. Erstere wurden abgewiesen mit der Begründung, daß der Beamtenkörper der Verwaltung der Gräfin-Laura-Grube zu stark im Verhältnis zur Belegschaft sei, während in der Klagesache der entlassenen Schwerbeschädigten gestern behandelt wurde. Nach einer längeren Beratung wurde folgendes Urteil gefällt: Die Schwerbeschädigten Niżencki Josef, der die linke Hand eingebüßt hatte, Schlima Anton, den rechten Arm, Borowski Paul, das rechte Bein, Czerniawski Adam, der durch einen Betriebsunfall ein steifes Bein hat, Karpitsch Karl verlor am Kopf und Rücken, Steinert Alfon, ohne rechten Arm, sollen wieder angelegt werden, widrigfalls sie zu 400 Zloty entschädigt werden müssen. Alle anderen Klagen wurden abgewiesen, weil sie mehr als 60 Prozent Anspruch beziehen. Zur Begründung des Urteils hat der Vorsteher erklärt, daß der Schlichtungsausschluß diesen Spruch auf Grund des Betriebsvertrages gefällt hatte, da die anderen Bestimmungen über Beschädigte in diesem Falle nicht angewendet werden konnten.

Die polnische Presse und die deutsche Minderheitsschule

Die polnische Presse veröffentlicht das Ergebnis der diesjährigen Anmeldung für die Volksschulen, wonach rund 31 000 aufgenommen und nur 5 712 für die Minderheitsschule anmeldet wurden und dieser Erfolg der Arbeit des Wojewoden zuschrieben wird. Es besteht für die deutschen Stellen keine Möglichkeit, dieses Zahlenmaterial, das offensichtlich nur zur Erkenntnis der Arbeit des Wojewoden dienen soll, nachzuprüfen.

Vom oberösterreichischen Lustverkehr

Die Verhandlungen über die Gründung der Schlesischen Lustverkehrsgesellschaft stehen nach Meldungen der polnischen Presse kurz vor ihrem Abschluß. Die Gründungsversammlung soll in den nächsten Tagen einberufen werden. Geplant ist die Einrichtung folgender Verkehrsstrecken: Katowic—Wien, Katowic—Löwen—Danzig, Katowic—Wien und Katowic—Breslau. Die Gründung der letzten Linie hängt noch von dem Ergebnis der Verhandlungen mit den deutschen Behörden ab. Die Wahl des zu benutzenden Flußzugs ist noch nicht endgültig festgestellt, doch wird es wohl schließlich der Apparat der Tumlerswerke sein, weil dieser die größte Sicherheit bietet. Die polnische Aerolond-Gesellschaft befürchtet von der schlesischen Lustverkehrsgesellschaft starke Konkurrenz und bemüht sich um Hallung der Konzessionen selbst um den Preis, den Flußverkehr von Krakau nach Katowic zu verlegen und damit eine direkte Strecke Warschau—Wien—Katowic zu bilden.

Katowic und Umgebung

Ein interessanter Bekleidungsprozeß

Über angeblich umhalbbare Zustände bei der Myslowitzer Zolldirektion berichtete der frühere Zollreferent Wladislaus Kirch in einer Artikelserie, welche in der Zeit vom Mai bis Juli v. J. in mehreren aufeinanderfolgenden Nummern der „Nowiny Śląskie“ erschien. Schwere Vorwürfe wurden auch gegen den Leiter der Zolldirektion, Bogdan Dębicki erhoben, welchem u. a. vorgeworfen wurde, daß er außer anderen Gegenständen ein Kasvier und große Goldbezüge über die Grenze schaffte ließ. Dem früheren russischen Richter Skokalski, der sich nach den Angaben in den Artikeln angeblich selbst Kommunist bezeichnete, soll ein höherer Posten bei der Zolldirektion seinerzeit zugesichert worden sein, derweil im Gegenzug hierzu verschiedenen Beamten willkürlich gefündigt wurde. Es handelt sich um die Artikel: „Skandaliczne stosunki w dyrekcji Cel w Mysłowicach“, „Niesłyshane skandale prezesa Dyrekcji Cel“, „Tajemnice p. Dębickiego Cel censor“, „Tajemnica gospodarki p. prezesa Dyr. Cel“, „Kwiatuszki Dyr. Cel w Mysłowicach“, Skokalski, Swiorksi jako filary Dyrekcji Cel, Szokalski w konkubinacie i jego wujazdy“, und schließlich die Notiz: „Z kulis Dyr. Cel w Mysłowicach“, welche im früheren „Polak“ veröffentlicht wurden. Sämtliche Artikel wurden seinerzeit dem Finanzministerium in Warschau zugesandt, welches sich in dieser Angelegenheit an die obere Zollkammer wandte, die ihrerseits den Fall der Strafkammer in Katowic zur gerichtlichen Entscheidung übertrug. Unter Anklage gestellt wurden außer dem Autor Wladislaus Kirch, der früher verantwortliche Redakteur der „Nowiny“, Stanislaus Sjekko, und Redakteur Florian Midzinski vom „Polak“ (jetzt „Głos Poranne“). Nachdem dieser Prozeß bereits vertragt werden mußte, beschäftigte sich die Strafkammer am gestrigen Donnerstag nochmals mit dieser Bekleidungsdelikte.

Börsenkurse vom 21. 10. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . . 1 Dollar	{ amlich = 8.92 zł
	{ tere = 8.93 zł
Berlin . . . 100 zł	= 46.83 Rmt.
Kattowitz . . . 100 Rmt.	= 213.35 zł
1 Dollar	= 8.92 zł
100 zł	= 46.83 Rmt.

Der Hauptbeschuldigte Kirsz verzichtete auf die Vernehmung der 26 geladenen Zeugen wegen Besangenheit, da einem Teil derselben unter Umständen dasselbe Schicksal drohe wie ihm, der damals plötzlich entlassen wurde. Im übrigen behauptete jedoch Kirsz, daß seine Angaben den Tatsachen entsprechen. Redakteur Midzinski führte aus, daß der fragliche Artikel damals im „Polak“ aufgenommen wurde, weil er von dem Zollreferenten Kirsz stammte und Bedenken irgendwelcher Art nicht vorlagen.

Nach Schluss der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt wegen schwerer Verleumdung und Verunglimpfung eines höheren Staatsbeamten für Kirsz 2 Jahre und Redakteur Midzinski 2 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete für Kirsz auf drei Monate Gefängnis bei einer Bewährungsfrist und Midzinski auf eine Geldstrafe von 50 Złoty. Das Urteil muß in mehreren polnischen Blättern überdies veröffentlicht werden.

Deutsches Theater Kattowitz. Freitag, den 21. Oktober, abends 7½ Uhr, „Johannismacht“, Operette von Gilbert. — Montag, den 24. Oktober, abends 6 Uhr, bei ermüdeten Preisen, „Wallsteins Lager und Piccolomini“, Schauspiel von Schiller. — Freitag, den 28. Oktober, abends 7½ Uhr, „Der Barbier von Sevilla“, Oper von Rossini. — Wir weisen nochmals besonders darauf hin, daß die vorbestellten Karten für den Samstagabend Karawana und das Konzert Onegin nur bis drei Tage vor der Aufführung reserviert bleiben. Für jede andere Vorstellung bleiben die bestellten Karten nur bis mittags 1 Uhr am Aufführungstage reserviert.

Berichtigung einer Schmugglerbande. Am gestrigen Donnerstag beschäftigte sich die Zoll-Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz mit einer großen Schmuggelaffäre, welche vor einiger Zeit an der Zollgrenze von Brzeziny aufgedeckt wurde. Damals konnte ein ganzer Warentransport, und zwar handelte es sich vorwiegend um Rauchwaren, aber auch andere Waren aus dem Ausland, konfisziert werden. Als Hauptschuldige hatten sich der Fleischermeister Emil Babrzynski aus Brzeziny, ferner der Zollbeamte Peter Gogowski aus Niederschlesien und schließlich der frühere Zollangestellte Paul Krejci aus Königshütte zu verantworten. Der Letzgenannte soll vor der Schmuggelfahrt eingehende Informationen eingeholt haben, damit der Transport „sicher“ die Grenze passieren könnte. Zu diesem Zweck wurden die Beteiligten genannten darüber informiert, an welcher Stelle die Waren gefahrlos über die Grenze geschafft werden könnten. Fleischermeister Babrzynski beauftragte den Chauffeur damit, die Schmuggelware mit dem Auto über die Grenze zu schaffen. Die Festnahme der Schmuggler und die Konfiskation des Schmuggelguts mitunter der Ware konnte erfolgen, da der Chauffeur die Behörden in Kenntnis setzte. Die Ware soll für verschiedene Kaufleute in Kattowitz und Tarnowitz bestimmt gewesen sein. An der Grenzsperrre traf das Auto verspätet ein, und zwar, nachdem der Zollbeamte Gogowski bereits abgesetzt worden war, gegen welchen der Verdacht vorlag, in diese Zollaffäre mit verwickelt gewesen zu sein. Letzterer wurde, da er nach Dienstschluss die Heimfahrt antreten wollte, zurückgerufen, und bei den eingeleiteten Feststellungen behaftig sein, was G. auch bereitwillig tat. Da der Zollbeamte G. infolge der eingetretenen Verzögerung nicht mehr Dienst tat und demzufolge auch nicht festzustellen war, ob dieser Beamte im anderen Falle das Auto hätte entstandlos passieren lassen, konnte das Gericht mangels genügender Beweise eine Verurteilung des G. nicht heranrechnen. Dagegen wurden die Angeklagten Fleischermeister Babrzynski und der frühere Zollangestellte Krejci wegen Zollhinterziehung zu einer Geldstrafe von je 30.000 Złoty verurteilt, bei einer Umrechnung in eine Gefängnisstrafe, und zwar bei je 100 Złoty 1 Tag. Die Warenkonfiskation ist aufrecht erhalten worden.

Königshütte und Umgebung

Erbfeindschaft.

Wenn Tix, der Pintischer, um die Ecke biegt und am Ende der Straßenseite Tix den Tix sieht, dann sträuben sich seine Haare, seine Augen laufen giftgrün an und aus dem würgeladenen Leibe bricht eine leidende Seele.

Tix auf der andern Front ergibt es genau so. Beide beschimpfen sich dann über die Straße wie zwei nationale Leidetkäfer, sie spucken und blecken die Zähne und schatten den Boden aus, daß der Ait durch die Luft wirbelt.

Alles Pfiffen und Rufen nützt nichts; sie hören und sehen nichts anderes mehr, als den „Erbfeind“, sein gebrochtes Gebiß und sein Kriegsgeschrei. Sie hellen sich in eine Erbitterung, daß ihre Lungen pfeifen, die Lenden kliegen, das Gehirn rotiert und die erschreckten Bürger an die Fenster stürzen.

Tix und Torens „Erbfeindschaft“ besteht keineswegs von Urbeginn an. Es bogt sich, daß Tix eines schönen Tages friedlich, heiter und nur auf Gemüthslichkeit empföhlt, an einem Eckstein stand und sich hundischer Beschaulichkeit hingab. Da nahte von der anderen Straßenseite Tix, mit großem Interesse dem neuen Hundebruder entgegenkommender.

Tix ahnte nichts von dem heranrückenden Freund. Dieser schonte nichts von Tixens Ahnungslösigkeit. Infolgedessen ließ Tix in seiner Begrüßungsfreude etwas unanständig an Tixens Hinterteil und infolgedessen erschrock der ohnmächtige Tix fürchterlich, machte einen Angstsprung und rüttete sein Gebiß. Worauf der nun gleichfalls aus dem leichten Gleichegewicht gebrachte Tix seinerseits mobil machte. Welche Maßnahme Tix vollends von den feindlichen Toren überzeugte und ihn diese mit einer drohenden Kanone beantworten ließ. Welchelobige von Tix prompt erwidert wurde. Gleichzeitig aber bei Tix verschärfte Gegenmaßnahme hervortrat. Die den Tix zu einer Abwehrgeiste veranlaßten. Die Tix als Offensivaktion empfand.

Woraufhin sich beide, jeder im besten Glaub an die Gerechtigkeit seiner Sache, an die Gurgel sprangen.

Seit jener Zeit dichtet Tixens und Torens Erbfeindschaft.

Aber da es sich nur um unvernünftige Tiere handelt, ist die Sache weiter nicht schwung. Bei Menschen kommt so etwas nicht vor.

Neue Verkehrskarten für 1928. Die Wojewodschaftspolizei in Königshütte, und zwar das 1. und 2. Kommissariat, sowie die Polizeiwachen in Klimawiese und Piastki geben bekannt, daß die Verkehrskartenanträge in der Zeit

Geseke, die niemand kennt

In der schlesischen Wojewodschaft sind Gesetze in Kraft, die niemand kennt, ja selbst von ihrer Existenz etwas weiß. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß die schlesische Wojewodschaft aus zwei verschiedenen Teilen zusammengesetzt ist, sondern, daß die Nachkriegsjahre diesen beiden Teilen der schlesischen Erde verschiedene und rasch nacheinander wechselnde Verwaltungen gebracht haben. Bielitz-Schlesien gehörte seit vielen Jahrhunderten dem alten Österreich und war mit ihm wirtschaftlich, politisch und kulturell direkt verwachsen. Alle alten Gewohnheiten sind in diesem Gebiete noch heute augenfällig, die im österreichischen Leben umso mehr auffallen, weil ein großer Teil der österreichischen Gesetze und Verordnungen noch heute in Kraft stehen. Das Fahnen der Geippanne auf der linken Seite der Straße ist, obwohl bereits verboten, immer noch zu beobachten und die dortige Eisenbahn benutzt immer noch das linke Gleis. Dem alten Autricher ist das Fahren auf der rechten Seite nicht beizubringen. Nach dem Zusammenbruch des alten Österreichs hatte die Verwaltung dieses Landesteiles die Rada Ludowa inne. Diese Rada Ludowa hat eine Reihe von Verordnungen mit Gesetzeskraft herausgegeben, von denen noch einzelne bis heute in Kraft sind. Die vielen Verordnungen finden darin ihre Erklärung, daß man die Spuren des alten Österreich vermeiden wollte. Als dann der Landesteil getrennt und die beiden Kreise Teschen und Bielitz an Polen angegliedert wurden, da hat Warschau viele Verordnungen für Teschen-Schlesien herausgegeben. Weiter wurden einzelne Gesetze, die der Warschauer Sejm beschlossen hat, auf Teschen-Schlesien ausgedehnt, die aber in Ost-Oberschlesien nicht eingeführt wurden.

Den, weil dieses Gebiet erst im Jahre 1922 an Polen angegliedert wurde. Im Jahre 1922 wurden die beiden Kreise des früheren Österreich-Schlesiens an Polnisch-Oberschlesien geschlagen und daraus die heutige Wojewodschaft geschaffen. Die beiden Kreise zählen 150.000 Einwohner, sind also im Vergleich zu der Bevölkerung Ost-Oberschlesiens mit 1 Million Einwohnern verschwindend klein. Seit der Angliederung dieses Gebietsteiles an Ost-Oberschlesien wurden noch die Gesetze, die der schlesische Sejm beschließt, auf die Kreise ausgedehnt. Teschen und Bielitz-Schlesien unterscheiden außer den alten österreichischen Gesetzen, den Verordnungen der Rada Ludowa, den polnischen Gesetzen und den Gesetzen des schlesischen Sejms. Wirklich ein schönes Durcheinander ist das.

In Ost-Oberschlesien ist es auch nicht viel besser. Bis zur Einsetzung der interalliierten und oszillierenden Regierungskommission waren in Polnisch-Oberschlesien lediglich die deutschen Gesetze in Kraft. Eine Bresche schlug darin die erwähnte Kommission, die einige Verordnungen herausgegeben hat. Nachdem die heutige Wojewodschaft geschaffen wurde, hat der neue Wojewode eine Reihe von Verordnungen herausgegeben, von welchen noch reichlich die Hälfte ihre Gültigkeit nicht eingebüßt haben. Der schlesische Sejm hat im Laufe der Jahre viele Gesetze ausgearbeitet und eingeführt. Schließlich hat Warschau eine Reihe von Gesetzen ihr Verordnungen auf Ost-Oberschlesien ausgedehnt. So kommt es also, daß in der schlesischen Wojewodschaft Gesetze und Verordnungen in Kraft sind, von welche selbst tüchtige Juristen nichts wissen.

von 8—10 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags von den Antragstellern zwecks Abstempelung und Tidenfeststellung eingereicht werden sollen, wobei sie dann am nächsten Tage in der Zeit von 8—10 Uhr vormittags wieder ausgegeben werden.

Königshütte bekommt ein Landgericht. Wie bereits vor einiger Zeit berichtet wurde, ist dem Justizminister anlässlich seiner letzten Anwesenheit in Königshütte die Bitte unterbreitet worden, in Königshütte ein Landgericht zu schaffen. Vor einigen Tagen wurde in Königshütte eine Baukommission der Wojewodschaft Schlesien, die hauptsächlich wegen der Errichtung des Landgerichts nach hier kam. Die Baukommission, die sich aus Bausachverständigen, Vertretern der Wojewodschaft und der Gerichtsbehörden zusammensetzte, sprach sich grundsätzlich für den Bau des Landgerichtes aus. Das für diesen Bau außerordentlich Grundstück an der Lobestraße wurde bestätigt und für geeignet erklärt. Mit den Bauarbeiten soll im kommenden Frühjahr begonnen werden. In den allernächsten Tagen ist die Ausschreibung des Wettbewerbs für den Entwurf zu erwarten.

Ein Wäschedies festgenommen. Die Königshütter Polizei hat einen gewissen G. S. aus Königshütte festgenommen, der im Verdacht steht, den Wäschediebstahl beim Friseur Hissnik auf der Leibnitzstraße 4. verübt zu haben. Der Wert der mittels Einbruch vom Bodenraum gestohlenen Wäsche beläuft sich auf ungefähr 1000 Złoty.

Siemianowiz

Die Sonne bringt's doch . . . Am 11. September dieses Jahres verschwand der sechsjährige Nowak von der Paul Smielowskistraße 17 auf merkwürdige Weise, und zwar sollte er sich auf die an die Smielowskistraße grenzende Schlossstraße begeben und während eines Umzuges verlaufen haben. Die Eltern des Kindes meldeten sein Verschwinden der Polizei, die nach dem Kinde nachforschte. Auch die Eltern gaben den Mietbewohnern des Hauses und auch anderen Leuten an, ihr Kind in Siemianowiz und den umliegenden Ortschaften gesucht zu haben. Jetzt, nachdem fast sechs Wochen vergangen sind, scheint allmählich der Schleier zu schwinden mit Hilfe des Frauenmundes. Nämlich dieser sechsjährige Junge soll nicht verlorengegangen sein, sondern sich in einer Bittschriftdruckerei hinter Krakau befinden, wo er mit noch fünf anderen Knaben zu Zirkusautomaten herangebildet werden soll. Sollte der Knabe sich tatsächlich in der Zirkusschule hinter Krakau befinden, so wird es der hiesigen Polizei ein leichtes sein, diesen Fall resolut aufzuklären.

Falsche 20-Zlotynote. Beim Einkauf von Backwaren im Geschäft des Bäckermeisters Stoluda, Beuthenerstraße, wechselte eine Frau einen falschen 20-Zlotychein ein. Die Frau war ländlich gekleidet. Ob hier ein offizieller Betrug vorliegt, konnte nicht festgestellt werden, da das vorhandene Falsifikat erst beim Kassenabschluß bemerkte. Jedenfalls ist bei größeren Geldscheinen immer die größtmögliche Vorsicht anzuwenden, vor allen Dingen auch das Verkaufspersonal zu instruieren.

Kreitod. Die 34jährige Ehefrau Z. Larney schied freiwillig aus dem Leben, indem sie Gift nahm. Nach Lebenszyklen von sich achtend, wurde sie ins Czeladzener Krankenhaus gebracht, worauf sie alsbald verstarb. — Desgleichen fand auf dem hiesigen Siemianowitzer Kirchhof am Dienstag die Beerdigung des im Wienhof voriger Woche durch Erschießen ums Leben gebrachten jungen Mädchens statt. In Wienhof wohnte, ohne jeden Angehörigen, mitsie die Leiche hier beerdigt werden, da der Mord auf dem Siemianowitzer Terrain verübt wurde. Der Leichenzug dieses unglücklichen Müllchens bestand aus — keiner einzigen Person. Und doch leben wir im Zeitalter der Humanität!

Myslowitz

Wenn man arm ist.

Der Arbeitslose O. aus Myslowitz klagte gegen das Myslowitzer Baumamt wegen unbegründeter Entlassung. O. war bei der Abtragung der Holde in Janow beschäftigt und wurde mit einer Delegation in Lehnsfragen in das Baumamt geschickt. Provoziert durch einen Bürzellehrling, versetzte er diesem eine Orfeige, woraufhin seine sofortige Entlassung erfolgte. Diese Entlassung war im Geseze unbegründet gewesen, weshalb O. beim Gewerbegericht wegen Entzündigung klagte. O. machte gestand, daß die Arbeiten in Städtisch-Janow nicht als Notstandsarbeiten gelten können. Die Abtragung der Holde geschieht über Anordnung der schlesischen Wojewodschaft die darauf die Arbeitsskolonie baut. Diese Arbeit muß also als ständige und normale Beschäftigung angesehen werden, was schließlich der Magistrat selbst erkannt hat und sich entschlossen den dort beschäftigten Arbeitern den Tariflohn zu bezahlen. Ein solchen Arbeiter kann man nur nach vorheriger Abschließung entlassen, was in diesem Falle nicht geschehen ist. Doch halb das alles nichts, weil das Myslowitzer Gewerbegericht die Klage O. als unbegründet abwies. Das Gewerbegericht nahm an, daß die Arbeiten bei der Abtragung der Holde in Städtisch-Janow Notstandsarbeiten sind und das Baumamt ist berechtigt die dort Beschäftigten jederzeit zu entlassen. Da das Streitobjekt nicht die

im Geseze vorgeschriebene Höhe beträgt ist eine Berufung gegen das Urteil des Gewerbegerichtes unzulässig. O. wurde also mit seinen Forderungen abgewiesen.

Endlich vereigt. Der Leiter des hiesigen Urzad Skarbowy Herr Dudzik wurde vom Wydzial Skarbowy von seinem Posten abberufen. Er soll künftighin als Beamter im Wydzial Skarbowy fungieren. Dem Herrn Dudzik wird in Myslowitz kein Mensch eine Träne nachweinen im Gegenteil, die Nachricht von seiner Abberufung hat unter den Steuerzahler ein Aufsehen hervorgerufen. Die Steuergesetze in Polen sind an und für sich drückend genug. Wenn sie aber rigoros angewendet werden, wie das bis jetzt in Myslowitz der Fall war, dann wird das Leben der Steuerzahler bei der heutigen Geldkarikatur unerträglich. Eine solche Anwendung der Gesetze hat lebhafte Proteste der Steuerzahler hervorgerufen bis sich der Wydzial Skarbowy entschließen mußte, Herrn Dudzik von seinem Posten abzuberufen. Herr Dudzik kam nach Myslowitz von Pleß, wo er bereits Finanzdirektor gewesen war. Als Leiter des Myslowitzer Urzad Skarbowy soll ein Herr aus Lemberg kommen. Hoffentlich wird der neue Leiter mehr Verständnis für die hiesige Bevölkerung zeigen, bei der doch die Steuermoral erweitertermaßen hoch ist.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Die Umtsenthebung des Gemeindevorsteigers Wadermann.

Man schreibt uns:

Zur Umtsenthebung des Bürgermeisters Wadermann betonen die polnischen Blätter, daß Wadermann als Deutschenfreund gegolten hat. Demgegenüber müssen wir noch dem uns zugängigen Bericht feststellen, daß die gesamte Handlungsweise des Bürgermeisters dem Deutschtum gegenüber das Gegeute dieser Behauptungen beweist. Seiner Initiative ist es anzuschreiben, daß sämtliche Gemeindeangestellte und Beamte, welche im Verdacht standen, deutlich zu sein, entlassen wurden. Von dieser Generalsäuberung sind fast 10 Gemeindefunktionäre betroffen worden. Allerdings sind 2 Fälle davon auf Berücksichtigung zurückzuführen.

Die Grundursache der Umtsenthebung liegt, wie schon gesagt wurde, darin, daß Wadermann die Beschlüsse der Gemeindevertretung nie ernst genommen hat. Immer wieder verstand er sie zu seinen Gunsten derartig zu drehen, daß er als der Alleinherrscher galt. Seinen Bruder hat er als Kassenträger ange stellt, trotzdem er keine Qualifikation dazu besaß. Die Budgetkommission verlangte Abstellung dieses gesetzwidrigen Zustandes, doch vergebens. Fernerhin sind dem Bürgermeister die Präsentationskosten im Budget gestrichen worden, doch unbestimmt dessen, ist das Geld doch von ihm abgehoben worden. Schließlich hat sich das Material derartig angehäuft, daß W. darüber geschärt ist.

Wenn man in den polnischen Blättern der Hinweis auf Deutschfreundlichkeit erhoben wird, so bemerkt dieses nur, daß man solche wichtige Dinge von der polnischen Presse nie mit der notwendigen Sachlichkeit behandeln kann und ohne dem politischen Moment als Radikalmittel nicht mehr auskommt.

Bismarckhütte. (Vom Bund für Arbeitersbildung) Am 18. d. Ms. fand der erste Vertragsabend des „Bundes für Arbeitersbildung“ statt. Mitglieder und Gäste waren im Arbeitersaal in Königshütte recht zahlreich erschienen, leider blieb der für diesen Abend vorgesehene Referent Gen. Sejmabgeordneter Buchwald aus, wie wir es schon von ihm gewohnt sind. Es ist ganz natürlich, daß insgesamt eine starke Misstrümmer herrsche. Aber schließlich eröffnete der erste Vorsitzende Heinrich die Versammlung und hielt, um die Lücke auszufüllen, einen Vortrag über „Die Wichtigkeit, ein Staatsbürger zu sein“. Der Redner ging vom römischen Bürgerrecht aus und kam über das englische Grundgesetz von 1215, die Proklamierung der „Menschenrechte“ in der französischen Revolution von 1789 bis auf das heutige Wahlrecht zu sprechen. Ferner wurden die Wahlrechtsregeln Englands, Amerikas und des europäischen Festlandes erläutert. Referent kommt zu dem Schluß, daß trotz der Unvollkommenheit der Wahlreformen es doch Pflicht eines jeden Staatsbürgers ist, davon ausgiebigen Gebrauch zu machen, da das Schicksal eines jeden Landes letzten Endes von diesen Wahlrechtsinstanzen abhängig ist, und zwar auf Jahre hinaus. Daher können wir nicht genug die Wichtigkeit unserer Funktion als Staatsbürger betonen. — Nach einer lebhaften Debatte schloß der Vorsitzende um 21.10 Uhr die Versammlung und wies noch auf den am 25. 10. stattfindenden Vortrag des Herrn Birkner hin, der über das Volkslied mit Liebsten zur Loute sprechen wird.

Berantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmerich wohnt in Król Huta; für den Inserateile: Anton Ryzicki, wohnt in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. oap. Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. oap. Katowice, Kościuszki 29.

Der Weg der englischen Arbeiterschaft Koalition oder Arbeiterregierung?

Von A. Schirrin.

Die vor kurzem abgeschlossene Blackpooler Konferenz der Arbeiterpartei hat mit aller Deutlichkeit sowohl die allgemeine Entwicklungslinie als auch die gegenwärtigen politischen Bestrebungen der Partei gezeigt. Die Konferenz stand im Zeichen der kommenden Wahlkampf, und hier erwies es sich, von welchen Willen zur Macht die Partei bestellt ist. Alle Gedanken der Konferenz waren auf den großen bevorstehenden Kampf gerichtet. Entscheidend war dabei, daß die Konferenz in all ihren Debatten noch einmal zum Ausdruck brachte, daß die Partei jede Teilung der Macht prinzipiell ablehnt und nur nach der Wiederherstellung der Arbeiterregierung strebt. Man spricht nicht in der Arbeiterpartei von der Koalition und man denkt nicht an sie. Die Partei will nicht die Teilnahme an der Macht haben, sondern sie will die ganze Macht in die Hand bekommen. Nichts ist hier so kennzeichnend, als der Umstand, daß Macdonald, der doch sicher nicht zum linken Flügel der Partei gehört, in seiner Rede die Liberalen nicht als mögliche Koalitionsgenossen, sondern als einen politischen Leichnam behandelte. Auch die gemäßigtesten Gewerkschaftsführer sind in diesem Sinne nicht um einen Zoll von der Linie der Partei abgewichen.

Diese Einstellung der Partei ist bereits zu einer politischen Tradition geworden. Früher durch die verfassungsmäßige Überlieferung des Zweiparteiensystems begründigt, ist sie jetzt zu einer selbständigen treibenden Kraft der Bewegung geworden. Der Turnus der Parteien war früher gemäß der parlamentarischen Tradition — „liberal oder konservativ“, jetzt lautet er aber — „konservativ oder sozialistisch“. Der Turnus ist geblieben, aber die Spannung zwischen den lämpsenden Partnern ist unvergleichlich größer geworden. Es handelt sich jetzt nicht um den Sieg einer von den beiden kapitalistischen Traditionen, sondern darum, welches Prinzip jetzt im Staate siegen wird: das sozialistische oder das kapitalistische. Das hat zur Verdeutlichung und Verschärfung des politischen Kampfes in England viel beigetragen. Dazu kommt noch die politisch erzieherische Wirkung der Arbeiterregierung. Die erste Arbeiterregierung ist deshalb zustande gekommen, weil es die parlamentarische Tradition ermöglichte. Die zweite Arbeiterregierung wird aber deshalb kommen, weil ihr eine Arbeiterregierung schon vorherging, die den politischen Machtmitteln des Proletariats gehoben und sein Streben zur politischen Alleinherrschaft verstärkt hat.

Sieht man die Debatten der Blackpooler Konferenz näher an, so erfährt man sofort, daß die Arbeiterpartei die sozialistische Partei Europas ist, die der Machtübertragung am nächsten steht und deren Wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen die weitestgehenden sind. Da die Partei auf die Koalition verzichtet, so wird für sie die Erhöhung der Mehrheit der Bevölkerung zur gebietserlöhnenden Notwendigkeit. Dieses Ziel ist bei der jetzigen Ausarbeitung des Wahlprogramms der Partei für sie maßgebend. Mit dieser Arbeit wurde auf der Konferenz das Exekutivkomitee beauftragt, aber auch die Konferenz selbst hat in groben Zügen die Frage nach dem Inhalt des künftigen Wahlprogramms behandelt. Auf der Konferenz wurden zwei Auffassungen vertreten: die des Exekutivkomitees und die der Unabhängigen Arbeiterpartei. Der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei J. Maxton hat im Namen seiner Partei das künftige Programm der Arbeiterregierung für die Wahlen in seinen Hauptpunkten folgendermaßen formuliert: die kommende Arbeiterregierung soll schon am Ende der ersten Legislaturperiode ihrer Tätigkeit alle Lebenszentren der Wirtschaft (Industrie, Handel, Banken usw.) ihrer Kontrolle unterordnen und eine großangelegte Aktion zur empfehlenden Hebung des Lebensniveaus aller Werktäglichen durchführen.

Dagegen waren die Vertreter des Exekutivkomitees — Macdonald, Thomas, Bevin — der Auffassung, daß das Wahlprogramm nicht auf die sofortige Verwirklichung des Sozialismus, sondern auf die nächsten sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen gerichtet werden soll: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Neugestaltung der Finanzen, Reorganisation des Kohlenbergbaus usw. Die beiden Richtungen hielten dabei die allgemeine politische Einwirkungs- und Anziehungs Kraft des Programms für sehr wesentlich. Die radikalen Unabhängigen glaubten, daß das allumfassende sozialistische Programm am meisten geeignet sei wird, die Massen hinzureißen und für die Sache des Sozialismus zu gewinnen. Dagegen behauptete Bevin, der Vertreter des mitgegengesetzten Standpunktes, daß das Programm ganz bewußt so gestaltet werden müsse, um die noch rückständigen, unter dem Einfluß der bürgerlichen Parteien stehenden Elemente der Arbeiterklasse nicht abzuschrecken und durch die Einteilung in die sozialistische Politik zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Was aber für die beiden Richtungen gemeinsam war, das war das Streben, durch das sozialistische Aktionsprogramm schon bei den nächsten Wahlen für die Partei die Mehrheit zu erobern.

Wenn man im Zusammenhang mit den Programmdebatten der Blackpooler Konferenz von der Möglichkeit und dem Reformismus der heutigen Mehrheit der Arbeiterpartei spricht, so muß man sich doch klar sein, daß es ein Reformismus von ganz besonderer Art ist. Denn das künftige Programm der Arbeiterpartei wird realisiert nicht als die Resultante einer Koalitionsvereinigung mit dem politischen Gegner, sondern als ein Arbeitsplan der sozialistischen Regierung, und das ist die Haupthandlung. Das Aktionsprogramm der Arbeiterpartei findet seine Grenzen nicht in dem Widerstande der künftigen Koalitionsgenossen und in der politischen Gebundenheit der Partei, sondern entweder in einer gewissen Begrenzung der objektiven Möglichkeiten oder in der Verhärtigung der allgemeinen politischen Kampfbedingungen — wie z. B. der Rücksichtlosigkeit gewisser Elemente der Arbeiterklasse, von welcher Bevin gesprochen hat. In diesem Sinne soll eine gewisse Mäßigung der wirtschaftlichen Forderungen den Sprung zur Macht erleichtern und beahmen.

Aber auch diese Mäßigkeit des Wirtschaftsprogramms der Arbeiterpartei erscheint als sehr relativ. Denn auch das Programmminimum der Partei, das als praktische Grundlage für die Tätigkeit der nächsten Arbeiterregierungen gilt, enthält eine radikale Budgetform, Reorganisation und eventuelle Nationalisierung des Kohlenbergbaus und Nationalisierung des Bodens — von der kommenden gründlichen Umgestaltung der englischen Außenpolitik, den sozialpolitischen Forderungen und der Reform des Erziehungssystems gar nicht zu sprechen. Die englische Arbeiterpartei ist jetzt die einzige sozialistische Partei Europas, die die Nationalisierung der Kohlenindustrie auf die Tagesordnung stellt. Die Blackpooler Konferenz hat das kommende Wahlprogramm insoweit vorbereitet, als sie die Grundzüge der Finanzreform (neue Besteuerung des Einkommens, die dem Staat 85 Millionen Pfund hauptsächlich für die sozialen Zwecke geben soll) und die Reorganisation des Bergbaus ausgearbeitet hat. Vergleicht man die wirtschaftspolitischen Forderungen und Möglichkeiten auch der stärksten kontinental-europäischen sozialistischen Parteien — deutscher, belgischer, österreichischer, der skandinavischen — mit denen der englischen Arbeiterpartei, so wird es offensichtlich, wie groß der englische Vorsprung ist.

Die „neue Phase“ des Faschismus

Der Faschismus lebt von Stichworten. Wie lange hat nicht das Gerude von der „zweiten Sturmwelle“ gedauert, worunter man die Androhung einer neuen Gewaltphase verstand, ohne daß die erste Phase irgendwie abgesezt hätte! Meist bleibt die Prägung der Stichworte dem Duce vorbehalten. Als einmal Garinacci die Sache in die Hand nahm, spielte ihm seine nicht allzu große Vertrautheit mit der italienischen Sprache insofern einen Streich, als er von der Opposition, unter anderen Zugeständnissen, verlangte, sie sollte „Mussolini für einen Mythos erklären“. Seitdem kommen alle Stichworte von ganz oben und jedes leitet eine neue Ära ein. Das neueste Stichwort dreht sich nun um die Beendigung der „syndikalistischen Phase“ des Faschismus und seinen Eintritt in die „korporative Phase“.

In schlichten Worten bedeutet das, daß bis jetzt die Arbeiter und die Unternehmer in Organisationen zusammengestellt wurden und die Unternehmer in Organisationen zusammengestellt wurden — syndikalistische Phase, und daß man nun sehen wird, was man mit diesen Organisationen anfangt: korporative Phase. Dem bloßen Wortsinn nach hätte man die beiden Bezeichnungen getrost vertauschen können. Unter Syndikalismus pflegt man etwas ganz anderes zu verstehen, als die gesetzlich anerkannten Organisationen im Sinne des Gesetzes vom April 1926; und das mittelalteinische „corporatio“ bedeutet Körperschaft, Bruderschaft, Gilde, Zunft. Aber natürlich steht es jedem frei, alten Wörtern neuen Sinn zu geben, nur ist eben der Sinn der neuen Phase denen, die sie verwirklichen sollen, selbst noch gar nicht klar.

Wo sich Organisationen spontan bilden, ist ihr Zweck und Inhalt vorhanden, ehe sie selbst vorhanden sind; sie setzen sich an um ein Bedürfnis, eine Idee, ein Bestreben. In die faschistischen Syndikate würden die Arbeiter durch Zwang und Drohung gestrieben, ohne irgend etwas von ihnen erwarten zu können, da ihnen das Gesetz den Kampf verbietet und die Politik des Syndikats von der Regierung und den Parteifunktionären, nicht von den Mitgliedern vorgeschrieben wird. Gewiß war der erste Zweck der Faschisten bei der Bildung ihrer Syndikate einfach der, den freien Gewerkschaften Mitglieder zu entziehen. Nachdem aber die freien Gewerkschaften ganz zu existieren aufgehört hatten, so daß man heute für den Versuch, der geistlich nie aufgelösten Konföderation der Arbeiter Mitglieder zu werben, ins Zuchthaus kommen kann, mußte man den Syndikaten eine Ausgabe geben, wenn sie etwas mehr bedeuten sollten als eine mit lebendigem Abschauungsmaterial dargestellte Statistik. So erschien denn das Wort „corporatio“ in seiner neuen Bedeutung. Es wurde ein Komitee „korporativer Aktion für die Preisbildung“ geschaffen, und man verstand darunter nichts andres als den Versuch, Funktionäre der Syndikate (die man Vertreter der betreffenden Arbeiterkategorie nennt) zum Studium der Elemente der Preisbildung und zur Ausarbeitung etwaiger Gesetzesmaßnahmen zu ihrer Regelung einzurichten. Man will Produktion und Handel rationalisieren und ruft dazu die Funktionäre der Arbeiter- und Unternehmer-Syndikate an. Das heißt heute „korporative Aktion“, früher hieß es Staatssozialismus.

Frage man sich nun, in welcher Weise denn der Arbeiter in dieser Form ihren Einfluß geltend machen, so müssen der Antwort einige Erklärungen vorausgeschickt werden. Im faschistischen Jargon ist die Korporation nicht die Arbeiterorganisation, sondern eine höhere Einheit, in der das Arbeitersyndikat und der Unternehmerverband verschmelzen, unter der Oberhoheit des Ministeriums der Korporationen. Es soll im ganzen sechs Korporationen geben: der Landwirtschaft, des Kreditwesens, der Industrie, des Binnenschiffs-, des Ueberseeverkehrs und des Exportes. Wahrscheinlich wird ihre Zahl in der Folge noch vermehrt werden. Unter corporativen Einfluß ist somit der nach Produktionszweigen zusammengestzte Einfluß aller Faktoren der Produktion: Arbeit, Technik, Kapital, zu verstehen. Was also den Einfluß der Arbeit betrifft, so ist er auch nominell nur ein Teil. Tatsächlich kommen aber die Forderungen und Bedürfnisse der Arbeiter nur in dem Maße zum Ausdruck, als bei ihnen vorgelegte Sekretär, der in den seltensten Fällen selbst Arbeiter ist und nicht von Arbeitern gewählt wurde, diese Forderungen und Bedürfnisse kennt und zum Ausdruck zu bringen für gut hält. Was der Syndikatsfunktionär mitbringt ist nicht sowohl Kennt-

nisse des betreffenden Produktionszweiges, als vielmehr die Verfügbarkeit über soundso viele unter seinem Kommando marschierende Arbeiter. Das Gesetz über die Regelung der Arbeitsverhältnisse hat die Zwangsgruppierung der Arbeiter ermöglicht, wodurch ihre Masse natürlich viel „handlicher“ wird. Bei diesem Korporationswesen sind die Arbeiter mehr Objekt als Subjekt. Sie verfügen nicht, sondern es wird über sie verfügt. Durch die gesetzlich anerkannten Organisationen hat sich die Regierung ein technisch vorzügliches Gerät für die Ausübung ihres Zwanges geschaffen. Sie könnte den Zwang auch auf die Unternehmer ausüben, die gesetzlich ihm genau so mehrlos gegenüberstehen wie die Arbeiter, aber das Gewicht ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Macht gelten machen können, wobei ihnen die starken finanziellen Bedürfnisse der faschistischen Partei und namentlich ihrer Presse entgegenkommen.

Die „korporative Aktion“, in deren Phase der Faschismus nunmehr getreten sein soll, ist also ein Versuch der Nationalisierung des Wirtschaftslebens, in dem die Berufsorganisationen nicht aktiv, sondern passiv einzubezogen werden, als eine mandatorische Masse. Das Bedürfnis nach Nationalisierung der Wirtschaft ist ganz unabhängig von den Syndikaten und Korporationen entstanden, als Folge der wirtschaftlichen Krise und der Diktatur. Ohne Parlament, ohne irgendeine wählbare Körperschaft muß die Regierung die Krisenfolgen von oben herab, aus dem Zenit, zu mildern suchen, wenn sie nicht gefährlich werden sollen. Sobald die Wahlvorstellung entsteht, daß die Lenkung eines großen Staates von einem einzigen Gehirn aus erfolgen kann, ergibt sich die staatssozialistischen Bestrebungen ganz von selbst. In der Tat haben fast alle Diktaturen der Geschichte in ihrer Konkurrenzphase zum Staatssozialismus geneigt. Der faschistische Staatssozialismus ist eine Folge der Knebelung jeder privaten Initiative und seine Täglichkeiten zum Beziehungen zum Syndikatswesen bestehen lediglich darin, daß dieses eine Etappe auf dem Knebelungsweg ist. Anderseits erleichtert, wie schon gezeigt, die vorhandene Gruppierung nach Berufen die technische Organisation, durch die die Nationalisierung der Produktion und des Austausches verwirklicht werden soll. Aber irgendeinen Einfluß der organisierten Massen auf diesen Prozeß darf man deshalb nicht erwarten. Fehlt doch diesen Massen die Möglichkeit, sich über den tatsächlichen Stand der Wirtschaft Rechenschaft abzulegen, ihre Meinungen auszutauschen und Wortschriften ihrer Wünsche und Bedürfnisse zu erkennen. Ihre Sekretäre sind Parteiangetaste, die ihnen die faschistischen Instanzen befriedigen und die allein diesen Instanzen verantwortlich sind. Wie bekannt haben in der Zeit der „freiwilligen“ Lohnreduktionen die Sekretäre diese telegraphisch dem Duce zu führen gelegt und dann nachträglich sie vom den Arbeitern beschließen lassen. Einiges Ähnliches vollzieht sich heute bei den freiwilligen Sammlungen, durch die jede Provinz einen Flugapparat schenken soll. Es ist einleuchtend, daß Organisationen, deren Mitglieder sich nicht versammeln, nicht streiken, ihre Gelder nicht verwalten, ihre Führer nicht wählen können, keine Machtkörperung der in ihnen vereinigten Interessen sind, was nicht ausschließt, daß sie von Dritten — von der Regierung, vom Faschismus — als Machtfaktoren verwendet werden können.

Es läßt sich durchaus nicht ausschließen, daß Mussolini eines Tages es als vorteilhaft für seine Machtklärung ansiehen kann, die Arbeiter-Syndikate gegen die Unternehmer-Syndikate auszuspielen. Es läßt sich weiter nicht ausschließen, daß bei dieser Spaltung den Arbeitern Vorteile in den Schoß fallen. Aber das hat mit dem Einfluß der Arbeiterklasse auf Politik und Wirtschaft nichts das mindeste zu tun. Wenn die „syndikalistische Phase“ die zwangsläufige Gruppierung nach Berufskategorien bedeutet, so wird die neue „korporative Phase“ dem Versuch gewidmet sein, die Produktion und den Austausch zu rationalisieren und dabei die „Korporationen“ genannten Gruppierungen als Faktoren zu verwenden, die bei dem Aufbau dieser Körperschaften bequem von oben geleitet werden können, sowohl im Sinne ihrer Interessen als auch gegen diese. Das ist keine Arbeiterpolitik, sondern eine Parteipolitik, die man mit Arbeitern treibt.

Aleine Ursachen — große Wirkungen Ein unstrantiertes Brief verursacht einen Bankrott. Die zerstörte Hose und eine umgestoßene Tintenflasche.

Ebenso wie ein fallender kleiner Stein, ein Regentropfen oder ein Klumpchen Schnee den Anfang einer Lawine bildet, die in ihrem Lauf Weideplätze und Wälder, Häuser und ganze Dörfer zerstört, so können auch Kleinigkeiten die Ursachen von Zerstörungen blühender Betriebe und großer Vermögen werden.

Eine Briefmarke, oder besser gesagt, das Fehlen einer Briefmarke auf einem Briefe, war die Ursache des Konkurses des amerikanischen Millionärs Hobart. Hobart, der „Eisenkönig“, wie er genannt wurde, spekulierte in allen möglichen Produkten, besonders in Eisen. Seine Agenten, die er in allen Weltteilen hatte, telegraphierten ihm jede Preisänderung auf dem Markt, und hiernach richtete er seinen Ein- und Verkauf. Im Jahre 1892 herrschte in England auf dem Eisenmarkt eine große Krise. Der Teilhaber Hobarts beklagte sich zur Zeit in Shefford und schrieb an Hobart, daß er alles, was er an Eisen besitzt, verkaufen, und unter keinen Umständen Einkäufe machen solle... Hobart war sehr nervös, und da er gerade zu der Zeit eine Menge ungünstig frankierter Briefe erhalten hatte, die noch zum größten Teil wertlos waren, ärgerte ihn das Strafporto, das er zahlen mußte, und er gab Befehl, alle ungünstig frankierten Briefe, ohne Ausnahme, zurückzugeben zu lassen. Der Brief von Hobarts Teilhaber war zu schwer, so daß Strafporto zu zahlen war, und er wurde daher mit anderen nicht genügend frankierten Briefen zurückgesandt. Der Zustand auf dem Eisenmarkt blieb Hobart infolgedessen unbekannt. Er kaufte große Mengen Eisen auf, alles, was ihm angeboten wurde, nahm er, und spannte seinen beinahe unmöglich Kredit bis zum äußersten an. Zwei Tage später erfolgte eine Preissenkung in Eisen, und Hobart war ruinirt.

Eine umgestoßene Tintenflasche war die Ursache des Bankrotts der großen Ingenieurfirma Cobbett u. Co. in London.

In dem Konkurrenzkampf um den Bau der Kanalbrücke in Russland handelte es sich hauptsächlich um eine amerikanische Firma und Cobbett u. Co. Letztere erhielt denn auch von der russischen Regierung den Auftrag. Sechs Monate hatte die Firma nötig, um die notwendigen Vorbereitungen für den Brückenbau zu treffen. Material wurde in großen Mengen beschafft, Arbeiter eingestellt, Maschinen gebaut usw. Die russische Regierung hatte nun für die Ausführung der Arbeiten wie auch für die Fertigstellung einen bestimmten Termin festgesetzt; und Jacob Cobbett arbeitete beinahe ununterbrochen, um die Pläne, Zeichnungen und Berechnungen bis ins kleinste fertigzustellen. Als er endlich so weit war, wollte er mit seinem Teilhaber alles noch einmal genau durchgehen. Die wichtigsten Zeichnungen und Pläne waren zur bequemen Übersicht auf einem großen Tisch ausgebreitet.

Plötzlich stieß Cobbett eine große Tintenflasche um; der schwarze Strom ergoß sich über die wichtigsten Papiere und machte diese gänzlich unbrauchbar.

Es blieb keine Zeit mehr, um die Zeichnungen zu erneuern, ebenso wenig konnte man mit dem Brückenbau beginnen ohne Zeichnungen. Man wurde nur bei der russischen Regierung vorstellig um Verlängerung des Termins, doch wurde eine solche nicht gewährt und der Kontakt für verschollen erklärt.

Da der amerikanische Konkurrent, der von dem Unglück Cobbatts erfahren hatte, seine Pläne und Zeichnungen vorlegte und sich außerdem verpflichtete, zu demselben Termin wie Cobbett mit dem Bau zu beginnen, wurde der Auftrag nunmehr dieser Firma übergeben. Die eingegangenen großen Verpflichtungen hatten den Bankrott der Firma Cobbett u. Co. in Folge.

Auf eins noch merkwürdigere Weise wurde der Konkurs des Eisenbahnmönigs Purbeck Jones verursacht. Dieser hatte sich verpflichtet, die Maiwarbahn in Zentral-Indien zu bauen. Zur Sicherheit mußte er bei dem Eisenbahnsyndikat in Kalkutta, genau am 9. Mai 1891, eine Bürgschaftssumme von zwei Millionen Pfund Sterling in Wertpapieren hinterlegen. Selbst einem Millionär wie Purbeck Jones fiel es schwer, eine solche Summe zusammenzubringen doch nach vieler Mühe glückte es ihm Anlaß nun das Geld bei einer Bank zu hinterlegen, verloß es in einem Geldschränk, um es an dem Sonntag der indischen Post unter besonderer Begleitung zu übermitteln. Er selbst begab sich zu seiner Familie die sich in einer Villa am Strand von Carlisle befand. Als er am Sonntag der indischen Post wieder auf sein Büro nach London kam, und das Geld abschicken wollte, bemerkte er zu seinem Schrecken, daß er den Schlüssel vom Geldschränk in Carlisle hatte liegen lassen. Er ließ einen Schlosser kommen und bot demselben 500 Pfund Sterling, wenn er den Geldschränk noch rechtzeitig öffnen werde. Doch dies gelang nicht zeitig genug, und Purbeck Jones war ruinirt, denn das Syndikat weigerte sich, den Termin zu verlängern. Purbeck wurde krank und starb in einem Sanatorium.

Den Ruf eines sehr pünktlichen Geschäftsmannes in ganz London besaß Goffrey Park, einer der reichsten Börsenbesitzer. Er ging jeden Tag, sowohl im Sommer wie im Winter, zu Fuß zu seiner Wohnung in einer Vorstadt Londons nach der City und kam stets zu der selben Minute in sein Büro. Eines Tages zerriss er seine Hose an einem vorstehenden Nagel, und dieser Nagel wurde die Ursache seines Bankrotts. Anstatt, daß er nach Hause zurückkehrte um sich umzukleiden, ging er zu einem Schneider, und ließ den Schaden ausbessern. Der Schneider arbeitete sehr prächtig, und der Geschäftsmann kam an diesem Tage eine Stunde später als sonst auf sein Büro. An diesem Morgen nun kam die große australische Krise zum Ausbruch, welche vierzehn große Gebäude in ebensoviel Minuten gänzlich ruinierte. Zu diesem ge-

hörte auch Paul. Er hatte seine Börsensachen immer ganz allein bearbeitet. Wäre er an diesem Tage zeitig in sein Büro gekommen, dann hätte er noch Maßregeln treffen können, um einen Bankerott zu verhüten; doch durch den Zeitverlust beim Schneider war alles verloren. Als er auf sein Büro kam, war er ein Bettler.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250

Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Verluste und für die Industrie. 12.55: Rauerer Zeitschien. 13.30: Zeitansage. Weiterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Presseberichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Weiterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage. Weiterbericht, neueste Presseberichten und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 22. Oktober 1927: 15.45—16.30: Stunde mit Büchern. — 16.30—18: Josef Gungl — Josef Launer. — 18: Hans Bredow-Schule: Abt. Kulturgeschichte. — 18.30: Übertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule: Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht. Anschließend Funkwerbung. — 19—19.20: Englische Lektüre. — 19.20—20: Hans Bredow-Schule: Abt. Sprachkurse. — 20.10: Mit dem Wifa durch Breslau: Feueralarm bei der Stadt. Feuerwehr. — 20.45: Heitere Stunde. — 22.15—24: Tanzmusik der Funkkapelle.

Warschau — Welle 1111.

Sonnabend, 12: Wie vor. 16: Vorträge. 17.05: Zeitschriftenabend. 17.20: Vorträge. 18.15: Konzert. 19.35: Radioschronik. 20.30: Abendkonzert. 22: Zeitsignal, Berichte. 22.30: Tanzmusik.

Posen — Welle 280,4.

Sonnabend, 12.45: Grammophonkonzert. 17: Französischer Sprachkursus. 17.45: Konzert. 19.10: Vorträge. 20.20: Wetterbericht. 20.30: Militärkonzert. 22: Zeitsignal. 22.30: Jazzband.

Bern, Welle 411 — Basel, Welle 1100. Sonnabend, 16: Orchester. 16.30: Kinderstunde. 19.30: Schweizerwoche-Abrund. 21.20: Abendmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Graz 357,1. — Klagenfurt 272,7. — Innsbruck 294,1 (versuchsw.).

Sonnabend, 11: Vormittagsmusik. 16: Nachmittagskonzert. 17.45: Bichner-Abend. 18.45: Die Entwicklung der Oper. 19.15: Kleid und die Frauen. 19.45: Operettenaufführung „Eva“. Tonkonzert.

Rom — Welle 450.

Sonnabend. Wie Dienstag. 20.30: Übertragung aus einem Theater. In Pausen: Rezitationen. Letzte Mitteilungen.

Mailand — Welle 315,8.

Sonnabend, 17: Wie Dienstag. 20.45: Zeitzeichen. Banfi, Radiotechnischer Vortrag. 21: „Fedor“ 1. und 2. Aufzug. Stern-Nachrichten. Anderes Programm: Wie Montag.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Au sämtliche Ortsgruppen!

Am Sonnabend, den 22. Oktober 1927, abends 7½ Uhr, pünktlich, findet im Zentralhotel, Katowice, Zimmer 15, die Gründungsversammlung des Kurses „Die Geschichte der Volkswirtschaft“ statt. Sämtliche Genossen, denen daran liegt, etwas zu lernen, sind eingeladen.

Katowic, Dienstag, den 25. Oktober 1927, abends 7½ Uhr, Lichtbildvortrag „Im Fluge durch die Welt“. Vortragender: Genosse Birgham.

Zawadzie. Am Sonntag, den 23. Oktober d. Js., findet die Gründungsfeier unter Mitwirkung der „Freien Sänger“ und der erste Vortrag um 2½ Uhr nachmittags im Strzyżewski-Lokal (Czajka) statt, und zwar: „Genossenschaftsbewegung und Klassenkampf“. Referent: Genosse Burchard. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder der Gewerkschaften, Partei und ihrer Angehörigen erwünscht.

Schwientoslawitz. Am Freitag, den 21. Oktober, findet der erste Vortrag vom Bund für Arbeiterbildung um 7½ Uhr abends, im Lokal des Herrn Scholzses, Langstr. 17, statt. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder der Gewerkschaften, Partei und der Kulturverbände wird erwünscht.

Nikolai. Am Mittwoch, den 26. Oktober 1927, findet um 7 Uhr abends im Vereinslokal Czajka ein Vortrag des Bundes für Arbeiterbildung statt. Referent: Gen. Helmrich. Es ist Ehrenpflicht aller Mitglieder sowie Gewerkschafter, vollzählig zu erscheinen.

Veranstaltungskalender

Kattowitz. (D. M. B.) Am Sonntag, den 23. Oktober 1927, vormittags 10 Uhr, findet im Zentralhotel, Kattowitz, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Referat des Kollegen Kandjora über: „Die Verschmelzung der Krankenkassen“. 2. Berichtigenes. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird bestimmt erwartet.

Domb-Josefsdorf. Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 9.30 Uhr, findet in Agneszhütte (Hosznowski) eine Parteiveranstaltung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften statt. Pflicht eines jeden Genossen und Kollegen ist es, zu derselben recht zahlreich zu erscheinen. Referent: Sejmabgeordneter Gen. Kowall.

Eichenau. (Bergarbeiter.) Am Sonntag, den 23. d. Mts., vormittags 10 Uhr, findet beim Herrn Muc, ulica Hallera 40, die fällige Monatsversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Referent: Kammer Rizmann a. n. n.

Bismarckhütte. Der Arbeitergesangverein „Freie Sänger“ hält am Sonnabend, den 22. Oktober 1927, abends 8 Uhr, im Lokal Paschel, Königshütte, Tempelstraße 35, seine Gesangsstunde ab. Sämtliche Noten mithringen. Sonntag, den 23. Oktober 1927, nachmittags 4 Uhr, Monatsversammlung mit anschließendem Kommers im selben Lokal.

Königshütte. (D. S. A. P.) Am Dienstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Dom Ludowny die fällige Mitgliederversammlung statt. Als Referent erscheint Genosse Dr. Wolf. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Königshütte. (Arbeiter-Gefang-Verein „Vorwärts“.) Am Freitag, den 21. Oktober 1927, hält obiger Verein im Vereinszimmer seine Gesangsstunde ab.

Königshütte. (Vorstand der D. S. A. P. und Arbeiter-Wohlfahrt.) Am Sonnabend, den 22. d. Mts., abends 7½ Uhr, Vorstandssitzung im Volkshaus, Vereinszimmer. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der Vorstandsmitglieder notwendig.

Königshütte. (Holzarbeiter.) Sonntag, den 23. d. M., findet um 10 Uhr vormittags im Vereinszimmer im Dom Ludowny die fällige Mitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird erwünscht.

Kostuchna. (Frei: Sänger!) Die Übungsstunde am Donnerstag fällt aus. Nächste Probe Sonnabend um 7 Uhr.

sind es Artikel über die gesellschaftlichen, sozialen und geographischen Zustände Amerikas, sowie des Schul- und Erziehungswesens, die in allen Zeitungen gleichmäßig wiederkehren und durch den Einwanderern das Einleben in die neuen Beziehungen erleichtern wollen; den gleichen Zweck verfolgen die zahlreichen juristischen Beiträge und Abhandlungen, die das amerikanische Rechtssystem nach den verschiedensten Seiten hin beleuchten. Weniger häufig beschäftigen sich die fremdsprachigen Blätter mit den amerikanischen Errscheinungen, während dem Zuge der Zeit entsprechend die Sportnachrichten, besonders über Baseball-Fußballkämpfe, einen unverhältnismäßig großen Raum einnehmen. Neben solchen Artikeln, die in allen fremdsprachigen Zeitungen ziemlich gleichmäßig verteilt sind, hat jede Nation noch ihre besonderen Interessen, die in ihren Blättern deutlich zum Ausdruck kommen. So finden sich in deutschen, französischen, tschechischen, polnischen und italienischen Zeitungen politische Artikel über die europäischen Zustände in besondere großer Anzahl, jiddische Blätter enthalten viele Aufsätze über Kunst und Wissenschaft, die Skandinavier bevorzugen technische Angelegenheiten, besonders soweit sie für die Landwirtschaft nutzbar zu machen sind. Da viele Einwanderer in amerikanischen Bergwerken arbeiten, so sind in ihren Zeitungen viele Fragen des Bergbauwesens enthalten. Auch die russischen Zeitungen bringen viele politische Artikel, die je nach ihrem Parteidankpunkt und im Hinblick auf die heutigen Verhältnisse recht häufig mit Rückblicken auf die Geschichte des zaristischen Russlands angefüllt sind.

Ein Denkmal für den Erfinder des Automobils.

Raum in Österreich, geschweige denn im Auslande ist bekannt, daß die bedeutendste Erfindung des neunzehnten Jahrhunderts, das Automobil, aus Wien stammt. Im Jahre 1864 brachte der Wiener Mechaniker Siegfried Marcus, der damals in der Mariahilfstraße 107 wohnte, seinen selbstgefundenen Benzinkessel in Verbindung mit einem Wagen und erlebte im folgenden Jahre den Triumph, daß er mit Freunden eine Spazierfahrt auf die Schmelz, den damaligen großen Exerzierplatz Wiens, auf seinem Modell I unternehmen konnte. Sein nächstes Modell, das er im Jahre 1875 fertigstellte, ähnelt in den Grundzügen schon den modernen Autos, und Marcus gelangte mit diesem Fahrzeug schon glatt nach Klosterneuburg, das westwärts von Wien an der Donau liegt. Verschiedene Staaten suchten Marcus seine Erfindung streitig zu machen, so wollten die Franzosen eine Priorität für ihren Erfinder Lenoir feststellen, dessen Wagen jedoch mit Leichtigkeit betrieben wurde, in Amerika meldete 14 Jahre nach Marcus ein Nachahmer namens Selden Patente an, die aber später annulliert wurden und Daimler kam im Jahre 1885 mit seinem Patent auf ein zweirädiges Fahrrad mit Gasbetrieb und auf eine Petrolkraftsmashine, ein Jahr später Benz mit der dreirädrigen Benzmaschine, deren erste Probefahrt am 4. März 1887 in Ehingen erfolgt ist. Marcus war auf technischem Gebiet überaus vielseitig; er schuf wichtige Neuerungen für Telegraphie und Minenbau, konstruierte Apparate zur Messung der Meerestiefe, Minenräder für den Bergbau, verschiedene Arten von Glühlampen und viele andere Apparate. Von der Wiener Akademie der Wissenschaften erhielt er für seine elektrische Thermosäule einen Preis von 2500 Gulden. Kaiser Franz Joseph zeichnete ihn durch Verleihung des Goldenen Verdienstkreuzes mit der Krone aus. Jetzt, dreißig Jahre nach des Erfinders Tod, wird sein Andenken durch ein Denkmal geehrt werden. Ein Komitee hat sich auf Anregung des Jugendfreundes des Erfinders, Ingenieur Bernhard Rund, gebildet, dessen Obmann der Präsident des Österreichischen Automobilclubs Dr. Baron Hommel ist. Das Protektorat hat Bundespräsident Dr. Hawisch übernommen. Das Denkmal, dessen Ausführung in den Händen des akademischen Bildhauers Professor Franz Seifert liegt, wird auf einem Sockel ein Relieftafel Marcus sowie die beiden ersten Modelle seiner Erfindung zeigen, und stellt auf diesem eine dahinterstehende Junglingsfigur dar, die die Geschwindigkeit symbolisieren soll. Für die Ausstellung des Denkmals hat die Gemeinde Wien eine Rasenfläche am Beginn der Wiener Hauptstraße und an der Ecke der Bolzinger Straße zur Verfügung gestellt, wo sich das Denkmal, mit der prächtigen Karlskirche und dem gewaltigen Bau der Technischen Hochschule im Hintergrund, aufs beste präsentieren wird.

Autoexpress der Kleinbahn

Katowice - Król-Huta - Beuthen

Betriebseröffnung Sonnabend, den 22. Oktober 1927

FAHRPLAN:

700	Katowice - Rynek	740
und so	Wełnowiec	735
705	Chorzów	726
ständlich	Król.-Huta	722
714	Landesgrenze	710
fort bis		22 Uhr
718		700
22 Uhr	Beuthen - Bahnhof	
725		
740		

Fahrpreise:

Katowice - Król.-Huta 1 Zl Katowice - Beuthen 1.80 Zl

Śląsko-Dąbrowskie Kolejowe Tow. Eksplotacyjne
Sp. z o. p.

Leipziger Frauen

arbeitet nach

Beyer's

Händlerinnen-Büchern!

Neue Bände:

Kunstbücher II. Dekor in

allen Größen, 40 Abbildungen

Ölsets und Strickleidung,

neue Modelle für Damen und

Jungen

Blätter-Arbeiten III, IV, Mo-

tile für Vorhänge, kleinere

und größere Deko

Kreuzstück III, neue, vielseitig

verwendbare Muster

je nur M. 1.50

Ausführl. Verzeichnisse umsonst



Überall erhältlich, auch

unter Nachnahme vom

Verlag

Otto Beyer, Leipzig-Z.

Central-Hotel · Kattowitz

Swierkowa 11 (Salinhofstraße)

Treffpunkt aller Gewerkschaftler und Genossen

Angenehmer Familien-Aufenthalt :: Gesell-

schafis- und Versammlungsraume vorhanden

Gut gepflegte Biere und Getränke jeglicher Art

Vortrefflicher Mittagstisch. Reiche Abendkarte

Um geistl. Unterhaltung bittet die Wirtschaftskommission

D. A.: August Dittmer

Inserate in dieser Zeitung haben stets den besten Erfolg!

DRUCKSACHEN

sind deine Vertreter! - Kleide sie gut!

Mit Ratschlägen, künstlerischen Skizzen
u. Entwürfen, sowie Kostümanschlägen
nehmen wir jederzeit gern zur Verfügung.
Vertreterbesuch bereitwillig!

»VITA« nakład drukarski

Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością

Katowice, ul. Kościuszki 29

Werbet ständig neue Abonnenten!

